

Stenographisches Protokoll.

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich.

Freitag, den 3. Dezember 1920.

Tagesordnung: 1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (13 der Beilagen), betreffend ein Gesetz über Kreditoperationen (53 der Beilagen). — 2. Erste Lesung der Vorlage der Bundesregierung (2 der Beilagen), betreffend ein Bundesverfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bund und über seine vorläufige Einrichtung. — 3. Erste Lesung der Vorlage der Bundesregierung (10 der Beilagen) über ein Bundesgesetz, wirksam für die Länder Tirol und Vorarlberg, betreffend die rechtliche Behandlung des oberhalb und unterhalb der Vegetationsgrenze liegenden Kahlgesteine (Kahlgesteinengesetz).

Inhalt.

Personalien.

Abwesenheitsanzeige (Seite 111).

Urlaubserteilungen (Seite 111).

Niederlegung der Mandate als Mitglieder des Nationalrates seitens der Abgeordneten Josef Gruber, Josef Häfner, Kaspar Hösch, Josef Mayer und August Ségur (Seite 111).

Angelobung der an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten Kaspar Hösch einberufenen Abgeordneten Olga Rudel-Beynek (Seite 111).

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Auslieferungsbegehren:

1. des Landesgerichtes Wien gegen den Abgeordneten August Forstner wegen Mithilfe und Aufreizung zur boshaften Sachbeschädigung;

2. des Bezirksgerichtes Innsbruck gegen den Abgeordneten Dr. Amilian Schöpfer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre (Seite 112) — Zuweisung an den Verfassungsausschuss (Seite 112).

Beschriften der Bundesregierung.

1. Zuschrift des Bundeskanzlers, betreffend das provisorische Handelsübereinkommen mit Rumänien und mit Serbien (56 der Beilagen [Seite 112]) — Zuweisung an den Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 112);
2. betreffend den Entwurf des Finanzgesetzes der Republik Österreich für das Verwaltungsjahr 1920/21 (Hauptheft) (54 der Beilagen [Seite 112]) — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss (Seite 113) — Redner: Bundesminister für Finanzen Dr. Grimm (Seite 113);

3. betreffend den Bericht (samt Anlagen) über die im Monate Juli 1920 vorgenommenen Kreditoperationen (55 der Beilagen [Seite 112] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss [Seite 113]);
4. betreffend den Entwurf eines Gesetzes über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1921 (59 der Beilagen [Seite 112] — Zuweisung an den Finanz- und Budgetausschuss [Seite 113]).

Vorlagen der Bundesregierung.

Zuweisungen:

1. von 45 der Beilagen an den Ausschuss für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 139);
2. der in der 4. Sitzung vom 23. November d. J. dem Justizausschusse zugewiesenen Vorlage 9 der Beilagen an den Ausschuss für Land- und Forstwirtschaft (Seite 139).

Hauptausschuss.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend den Eintritt des Abgeordneten Wilhelm Millas in den Hauptausschuss an Stelle des zurückgetretenen Abgeordneten August Sécur (Seite 111).

Divilkommisariat im Bundesministerium für Heereswesen.

Wahl der fünf Mitglieder (Seite 139).

Verhandlung.

Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (13 der Beilagen), be-

treffend ein Gesetz über Kreditoperationen (53 der Beilagen — Redner: Berichterstatter Dr. Waß [Seite 124], die Abgeordneten Dr. Eisler [Seite 125], Paulitsch [Seite 137]).

Ausschüsse.

Mitteilung des Präsidenten, betreffend die Konstituierung des Ausschusses für Äußeres, des Ausschusses für Erziehung und Unterricht, des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, des Ausschusses für Heereswesen, des Ausschusses für Land- und Forstwirtschaft, des Ausschusses für soziale Verwaltung, des Ausschusses für Verkehrsweisen, des Ernährungsausschusses, des Finanz- und Budgetausschusses, des Justizausschusses und des Verfassungsausschusses (Seite 111 und 112).

Niederlegung des Mandates als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten seitens des Abgeordneten Hans Lenz (Seite 139) und der Abgeordneten Emmy Freundlich als Ersatzmitglied in demselben Ausschusse (Seite 139).

Ersatzwahlen:

1. Wahl eines Mitgliedes und eines Ersatzmannes im Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (Seite 139);
2. eines Mitgliedes des Ernährungsausschusses (Seite 139);
3. eines Ersatzmannes im Ausschusse für Erziehung und Unterricht (Seite 139);
4. eines Ersatzmannes im Ausschusse für soziale Verwaltung (Seite 139).

Verzeichnis

der in der Sitzung eingebrachten Anträge und Anfragen:

Anträge

1. der Abgeordneten Dr. Straßner, Dr. Frank, Kraft und Genossen, betreffend die Neuregelung des Pensionistengesetzes (60 der Beilagen);

2. der Abgeordneten Florian Renné, Weigl und Genossen, betreffend die Gewährung einer Notstandshilfe für die durch Brandkatastrophe heimgesuchten Bewohner der Gemeinde St. Oswald, politischer Bezirk Pöggstall (61 der Beilagen);

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

109

3. des Abgeordneten Buchinger und Genossen, betreffend die Zuwendung von 50 Millionen Kronen aus Staatsmitteln für den gemäß § 21 des Wiederbefestigungsgesetzes zu bildenden Siedlungsfonds (62 der Beilagen);
4. des Abgeordneten Pauly und Genossen, betreffend die Abänderung des § 2, Absatz, 1, des Gesetzes vom 30. Juli 1919, St. G. Bl. Nr. 411 (Pensionsbegünstigungsgesetz) (63 der Beilagen);
5. der Abgeordneten Weigl, Födermahr, Hollersbacher, Niedrist, Geisler, Schafegger, Dr. Schneider und Genossen, betreffend die Hebung der landwirtschaftlichen Produktion durch Ausgestaltung der Staatsanstalt für Pflanzenschutz in Wien und Errichtung von Zweigstellen dieser Anstalt in allen Ländern Deutschösterreichs (64 der Beilagen);
6. des Abgeordneten Unterkircher und Genossen, betreffend Angliederung des kommerziellen Unterrichtswesens an das Bundesministerium für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten (65 der Beilagen);
7. des Abgeordneten Dr. Odehnal und Genossen, betreffend die Einleitung und Durchführung einer Entschuldungsaktion der Staatsangestellten (66 der Beilagen);
8. des Abgeordneten Dr. Angerer und Genossen, betreffend die unverzügliche gesetzliche Sicherstellung und ehesten Inangriffnahme des Baues der Kärntner Ostbahn (67 der Beilagen);
9. der Abgeordneten Sever, Popp und Genossen, betreffend das Ehrerecht und die Matrikelführung (68 der Beilagen);
10. der Abgeordneten Gröger, Ebner, Geßl, Baumgärtel, Ulrich, Scheibein und Genossen auf Erstredung der Räumungsfristen der nach § 7 der Mieterschutzverordnung gekündigten Wohnungen und Geschäftsräumlichkeiten (69 der Beilagen);

11. des Abgeordneten Scheibein und Genossen auf Abschaffung der Pönal- und Seelenrechtsgebühren (70 der Beilagen);

12. des Abgeordneten Popp und Genossen auf Abänderung einiger Bestimmungen des Strafgesetzbuches (71 der Beilagen).

Anträge

1. des Abgeordneten Parrer und Genossen an den Bundesminister für Verkehrswesen, betreffend Herrichtung einer Bahnbrückenvage (Anhang I, 12/I);
2. des Abgeordneten Dr. Schürff und Genossen an den Bundesminister für Inneres und Heereswesen, betreffend die Übergriffe von Angehörigen der Wehrmacht in Hainburg (Anhang I, 13/I);
3. des Abgeordneten Dr. Namek und Genossen an die Bundesregierung, betreffend die Handhabung der Mieterschutzordnung und des Hauszinssteuergesetzes im gemeinschaftlichen Interesse der Mieter und Hausbesitzer (Anhang I, 14/I);
4. des Abgeordneten Baugoin und Genossen an den Bundesminister für Volksernährung, betreffend die Ansammlung rationierter Lebensmittel seitens der Wiener öffentlichen Ausspeisungsbetriebsgesellschaft (Anhang I, 15/I);
5. der Abgeordneten Wiederhofer, Ziller und Genossen an den Bundesminister für Justiz über die Taggelder der Geschworenen, Vertrauenspersonen und Schöffen (Anhang I, 16/I);
6. des Abgeordneten Zwanzger und Genossen an den Bundesminister für Land- und Forstwirtschaft über die Wirtschaft in den Staatsforsten (Anhang I, 17/I);
7. des Abgeordneten Ebner und Genossen an die Bundesminister für Volksernährung und für Finanzen über das Treiben eines gewissen Andreas Weitschberger (Anhang I, 18/I).

Zur Verteilung gelangen am 3. Dezember 1920:

- die Regierungsvorlagen 55, 56 und 59;
- der Staatsvoranschlag pro 1920/21;
- der Bericht des Verfassungsausschusses 57 der Beilagen;
- die Anträge 15, 18 bis 39, 42, 44 und 46 bis 51 der Beilagen.

Beginn der Sitzung: 3 Uhr 15 Minuten nachmittags.

Vorsitzende: Präsident Dr. Weizkirchner, zweiter Präsident Eldersch, dritter Präsident Dr. Dinghofer.

Schriftführer: Dr. Gimpl, Marksläger.

Bundeskanzler und Leiter des Bundesministeriums für Äußeres: Dr. Mayr.

Vizekanzler und Leiter der Angelegenheiten des Unterrichtes und des Kultus: Breisky.

Bundesminister: Dr. Glanz für Inneres und Unterricht und Leiter des Bundesministeriums für Heereswesen, Dr. Paltauf für Justiz, Dr. Grimm für Finanzen, Haueis für Land- und Forstwirtschaft, Heiml für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten, Dr. Pesta für Verkehrs- wesen, Dr. Resch für soziale Verwaltung, Dr. Grünberger für Volksnährung.

Präsident: Die Sitzung ist eröffnet.

Das Protokoll über die Sitzung vom 23. November ist in der Kanzlei zur Einsicht für die Mitglieder aufgelegen, umbeauftragt geblieben und gilt daher als genehmigt.

Der Herr Abgeordnete Dr. Geisler hat sich frank gemeldet.

Die Herren Abgeordneten Josef Gruber (Wahlkreis Nr. 13, Linz und Umgebung), Josef Hafner (Wahlkreis Nr. 16, Traunviertel), Kaspar Hösch (Wahlkreis Nr. 20, Graz und Umgebung), Josef Mayer (Wahlkreis Nr. 14, Innviertel), August Ségur (Wahlkreis Nr. 9, Viertel unterm Wienerwald) haben ihre Mandate zum Nationalrat zurückgelegt.

Wegen Einberufung der Erstklässler wurde das Erforderliche veranlaßt.

Das Erstklässlermitglied des Herrn Abgeordneten Kaspar Hösch, Frau Abgeordnete Olga Rudel-Beynek, ist zum ersten Male im Nationalrat erschienen und wird die Angelobung leisten.

Ich ersuche den Herrn Schriftführer, die Angelobungsformel zu verlesen.

Schriftführer Marksläger (liest die Angelobungsformel).

Präsident: Nunmehr ersuche ich die Frau Abgeordnete Rudel-Beynek, mit den Worten „Ich gelobe“ dieser Bestimmung unserer Verfassung und Geschäftsvorordnung zu entsprechen.

Abgeordnete Rudel-Beynek: Ich gelobe!

Präsident: Dem Herrn Abgeordneten Josef Tomischk habe ich einen Urlaub bis 6. d. M., dem Herrn Abgeordneten Karl Bösch einen solchen bis 7. d. M. und dem Herrn Abgeordneten Dr. Friedrich Schmidt einen Urlaub bis 17. d. M. erteilt.

An Stelle des Herrn Abgeordneten Ségur als Mitglied des Hauptausschusses ist gemäß § 21 der Geschäftsvorordnung der von den Unterzeichnern des Wahlvorschlags der christlichsozialen Vereinigung im Nationalrat bezeichnete Erstklässler, Herr Abgeordneter Miklas, mit Wirksamkeit vom 1. Dezember d. J. in den Hauptausschuß eingetreten.

Ich bitte die hohe Versammlung, hieron Kenntnis nehmen zu wollen.

Folgende in der letzten Sitzung eingesetzten Ausschüsse haben sich konstituiert und gewählt:

der Ausschuß für Äußeres:

zum Obmann: Hauser,
zum Obmannstellvertreter: Renner Karl,
zum Schriftführer: Ségur;

der Ausschuß für Erziehung und Unterricht:

zum Obmann: Angerer,
zum Obmannstellvertreter: Wollek,
zum Schriftführer: Marksläger;

der Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten:

zum Obmann: Kraft,
zu Obmannstellvertretern: Schoiswohl und Widholz,
zu Schriftführern: Gimpl und Lenz;

der Ausschuß für Heereswesen:

zum Obmann: Deutsch,
zum Obmannstellvertreter: Waiß Erwin,
zu Schriftführern: Kollarz und Baumgärtel;

der Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft:

zum Obmann: Weigl,

zu Obmannstellvertretern: Weber und Wimmer,
zum Schriftführer: Wizany;
der Ausschuss für soziale Verwaltung:
zum Obmann: Hanusch,
zum Obmannstellvertreter: Spalowsky,
zu Schriftführern: Hampel und Fischer;
der Ausschuss für Verkehrswesen:
zum Obmann: Tomschit,
zu Obmannstellvertretern: Haider und Straßner,
zu Schriftführern: Steinegger und Weiser;
der Ernährungsausschuss:
zum Obmann: Födermahr,
zum Obmannstellvertreter: Freundlich,
zu Schriftführern: Ursin und Partik;
der Finanz- und Budgetausschuss:
zum Obmann: Renner Karl,
zu Obmannstellvertretern: Kollmann und Waber,
zu Schriftführern: Schulz und Vangois;
der Justizausschuss:
zum Obmann: Buresch,
zum Obmannstellvertreter: Gisler,
zu Schriftführern: Clessin und Dostal;
der Verfassungsausschuss:
zum Obmann: Seipel,
zum Obmannstellvertreter: Adler,
zu Schriftführern: Aigner und Clessin.

Auslieferungsbegehren haben gestellt:
das Landesgericht Wien gegen den Herrn Abgeordneten August Forstner wegen Mithilfe und Aufreizung zur boshaften Sachbeschädigung;

das Bezirksgericht Innsbruck wider den Herrn Abgeordneten Dr. Emilian Schoepfer wegen Übertretung gegen die Sicherheit der Ehre.

Diese Zuschriften werde ich dem Verfassungsausschusse zuweisen.

Es ist eine Zuschrift eingelangt, mit der der Herr Bundeskanzler die provisorischen Handelsübereinkommen mit Rumänien und mit Serbien (56 der Beilagen) vorlegt.

Die bezügliche Zuschrift und die Verträge wurden in Druck gelegt und verteilt.

Ich weise diese Regierungsvorlage dem Ausschusse für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zu. (Nach einer Pause:) Es ist keine Einwendung dagegen.

Es sind Zuschriften eingelangt, mit denen die Einbringung von Vorlagen der Bundesregierung angekündigt wird.

Ich ersuche um Verlesung dieser Zuschriften.

Schriftführer Markschläper (liest):

„Auf Grund der meinem Amtsvorgänger in der Sitzung des Kabinettsrates vom 20. Oktober 1920 erteilten Ermächtigung hat die frühere Staatsregierung den Entwurf des Finanzgesetzes der Republik Österreich für das Verwaltungsjahr 1920/21 (Hauptheft) (54 der Beilagen) am 22. Oktober 1920 dem Präsidium der Konstituierenden Nationalversammlung zur verfassungsmäßigen Behandlung vorgelegt.

Mit Rücksicht auf die Beendigung der Gesetzgebungsperiode der Konstituierenden Nationalversammlung beehre ich mich auf Grund der mir in der Sitzung des Ministerrates vom 25. November 1920 erteilten Ermächtigung, den obewähnten Gesetzentwurf nunmehr dem Nationalrate mit dem Ersuchen zu übersenden, ihn als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Die Staatsdruckerei wurde beauftragt, die Teilehste zum Staatsvoranschlagsentwurf 1920/21 sofort an das Präsidium des Nationalrates zu leiten.

Wien, 25. November 1920.

Der Bundesminister:
Grimm.“

„Beiliegend beehre ich mich in vier Ausfertigungen den Bericht (samt Anlagen) über die im Monate Juli 1920 vorgenommenen Kreditoperationen (55 der Beilagen) zu übermitteln.

Wien, 15. November 1920.

Der Bundesminister:
Reisch.“

„Auf Grund der im Zirkulationswege eingeholten Ermächtigung des Ministerrates beehre ich mich, den Entwurf eines Gesetzes über die Führung des Bundeshaushaltes vom 1. Jänner bis 30. Juni 1921 (59 der Beilagen) mit dem Ersuchen zu übersenden, diesen Entwurf als Vorlage der Bundesregierung der verfassungsmäßigen Behandlung zu unterziehen.

Wien, 2. Dezember 1920.

Der Bundesminister:
Grimm.“

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

113

Präsident: Wenn keine Einwendung erhoben wird, werde ich diese Vorslagen sofort, und zwar dem Finanz- und Budgetausschusse zuweisen.

Zum Worte hat sich gemeldet der Herr Bundesminister für Finanzen. Ich erteile ihm das Wort.

Bundesminister für Finanzen Dr. Grimm: Hohes Haus! Verehrte Damen und Herren! Der Staatsvoranschlag hat den Zweck, die Grundlage für einen geordneten Staatshaushalt darzustellen, eine Übersicht zu geben über die voraussichtlichen Ausgaben und Einnahmen des bevorstehenden Verwaltungsjahres. Diese Funktion hat und konnte der Staatsvoranschlag zu einer Zeit erfüllen, als wir im tiefsten Frieden standen, als unsere Industrie blühte, als unsere Valuta gesegnet war. Aber auch damals haben sich, allerdings im Laufe des Jahres von der Einbringung des Staatsvoranschlages bis zur Aufstellung zurück — in der Regel ist da ein Zeitraum von 8 bis 9 Monaten verstrichen — gewisse Ausgaben als notwendig erwiesen, gewisse Überschreitungen mußten vorgenommen werden, aber mit einem Worte, der Zweck war erfüllt und es war in der Regel möglich, diese Überschreitungen bei einzelnen Posten des Voranschlages durch die sogenannte finanzielle Ausgleichung bei anderen Posten des Voranschlages wettzumachen, so daß in der Gesamtsumme der Einnahmen und Ausgaben in der Regel kein großer Unterschied im Rechnungsschlusse zutage trat.

Anders hat sich die Sache schon während der vier unseligen Kriegsjahre dargestellt. Die militärischen Anforderungen, die allmonatlich in Milliardenhöhe an uns herantraten, haben die Möglichkeit einer geordneten Wirtschaftsführung, die Möglichkeit der Herstellung eines Wirtschaftsplans einfach untergraben. Es ist ja richtig, daß diese Anforderungen immer, aber vollkommen kontrolllos, von Monat zu Monat regelmäßig gestellt wurden, es war auch möglich, die damit zusammenhängenden Zivilauslagen bis zu einem gewissen Grade auf einige Monate abzuschätzen, und jedenfalls hatte der jeweilige Finanzminister immer die Möglichkeit, für die Bedeckung dieser Auslagen vorzusorgen, wenn auch nicht durch Einnahmenerhöhung, aber auf dem Wege von Anleihen.

Hohes Haus! Die finanziellen Erfolge dieser vier Kriegsjahre sind allerdings für uns fürchterlich gewesen. Mit einer verbücherten Schuldenlast von mehr als 80 Milliarden, mit einer viele Milliarden zählenden Vernichtung an volkswirtschaftlichen Werten, mit einem unabsehbaren Defizit an Volkskraft und Moral ist der alte Staat in den Zusammenbruch getreten und in der nun hereinbrechenden Sturzflut von revolutionären Erscheinungen

auf allen Gebieten des sozialen und wirtschaftlichen Lebens hat es die Staatsverwaltung als ihre erste Aufgabe und höchste Pflicht erachtet, aus diesem Trümmerhaufen heraus wieder die Grundlagen für die Möglichkeit einer geordneten Wirtschaftsherstellung zu retten. Wir haben, wie die verehrten Damen und Herren wissen, seither drei Budgets eingebrochen, ein halbjähriges Budget und zwei ganzjährige, von denen das letzte hier vorliegt. Daß es, wie die verehrten Damen und Herren, unmöglich war, bei der Aufstellung dieser Vorschlüsse auch nur mit einer gewissen prozentuellen Zuverlässigkeit die am Schlusse des Geburungsjahres voraussichtlich sich ergebenden Ausgaben und Einnahmen darzustellen, war bei den Verhältnissen, die in diesen zwei Jahren geherrscht haben und die allen wohl bekannt sind, ganz selbstverständlich und es ist auch natürlich, daß der Voranschlag, der heute dem hohen Hause vorliegt, die Ergebnisse des Geburungsjahres jedenfalls weit unterschreiten wird. Aber die Auffassung wäre ganz irrig, als ob die Ausgabenwirtschaft in diesen abgelaufenen Jahren hemmungslos vor sich gegangen wäre. Ich kann Sie versichern, daß alle Regierungen jede größere, in das Budget einschneidende Ausgabe immer auf ihre Notwendigkeit und Zweckmäßigkeit und jedenfalls in der Richtung überprüft haben, ob durch diese Ausgabe nicht ein größeres Übel abgewendet werden könnte. Man kann über die Ausgaben oder wenigstens über manche derselben sicher verschiedener Meinung sein, aber ich zweifle, ob eine Verweigerung in vielen Fällen immer zum Bessern geführt hätte.

Nun aber ist doch anscheinend eine gewisse Ernüchterung in allen Kreisen eingetreten, ein Verstehen unserer fürchterlichen finanziellen Situation, ein Erkennen, daß wir so nicht weiter können, daß unsere letzten finanziellen Ressourcen ausgegeben sind, daß es jetzt nur eines gibt: unter Zurückstellung aller übrigen Forderungen den finanziellen Zusammenbruch zu verhüten.

Damit, meine verehrten Damen und Herren, komme ich zu den Finanzvorlagen. Im hohen Hause steht die noch von meinem Herrn Amtsvorgänger eingebrochene Kreditermächtigungs vorlage in Verhandlung, und ich habe heute das Budget für das laufende Verwaltungsjahr und ein Budgetprovisorium eingebrochen. Das Bild, das der Staatsvoranschlag liefert, ist schon seiner Aufstellung nach kein erfreuliches. Es kann dies ja auch nicht sein, denn der Voranschlag spiegelt die Verhältnisse unseres Volkes wider, das um seine wirtschaftliche Existenz, um sein Leben kämpft.

Der Voranschlag, so wie er vorliegt, weist Ausgaben von 33'194 Milliarden, Staatseinnahmen von 20'655 Milliarden auf und schließt daher mit einem Abgang von rund 125 Milliarden. Das ist also der ziffermäßige Ausdruck unserer finanziellen Lage

zur Zeit der Aufstellung des Budgets, das ist im Januar bis Februar dieses Jahres, also nahezu um zehn Monate zurückliegend. Sie alle wissen, meine Herren, welche einschneidende Maßnahmen im Verlaufe des vergangenen Jahres von der Regierung und von der früheren Nationalversammlung getroffen wurden, um die Einnahmen zu steigern. Kein Zweig der staatlichen Einnahmenverwaltung ist eigentlich verschont geblieben. Die Wirkung sehen Sie ja daraus, daß die Einnahmen gegenüber dem im Vorjahr präliminierten Betrage von 6.3 auf 20.7 Milliarden präliminiert wurden, also eine Steigerung von 228 Prozent aufwiesen. Aber auch diese Einnahmensteigerung konnte es nicht verhindern, daß das präliminierte Defizit vom Vorjahr, etwas über 10 Milliarden, auf 12½ Milliarden gestiegen ist.

Der Grund für die Unzulänglichkeit der Einnahmensteigerung liegt nur zum Teil darin, daß die Einnahmen zu gering sind, sondern die Ausgaben sind eben viel zu hoch, das heißt die Ausgaben sind der Tragfähigkeit unseres Staates absolut nicht mehr angemessen.

Wenn ich zur Charakterisierung unserer wirtschaftlichen Lage übergehe, so genügt es für die Bedeutung, wenn ich vier Posten herausgreife: erstens den Aufwand für die Ernährungsfürsorgen — wir haben ihn mit 7.1 Milliarden präliminiert —, zweitens die Kursverluste, die sich nach dem Voranschlag auf 3.9 Milliarden stellen, drittens die Staatsschulden und viertens den Personalaufwand.

Diese Posten haben für uns symptomatische Bedeutung. Die erste Post betrifft fast ausschließlich den Beitrag, den der Staat für Lebensmittelzuschüsse leistet. Sie zeigt, welche ungeheure Mittel der Staat aufwenden muß, um einem großen Teil seiner Bevölkerung überhaupt nur das nackte Leben zu erhalten. Diese Post zeigt aber auch unsere Abhängigkeit vom Auslande. Denn nur dadurch, hohes Haus, daß wir die Lebensmittel aus dem Auslande beziehen, und nur dadurch, daß wir sie zum größten Teil auf Kredit aus dem Auslande beziehen, ist es überhaupt möglich, für die Lebenshaltung unserer Bevölkerungskreise vorzusorgen.

Für diese Abhängigkeit zeugt aber auch die zweite Post, die Kursverluste. Die Kursverluste sind zugleich ein Symptom des Grundübels unserer Wirtschaft, der Entwertung unseres Geldes. Weil wir nämlich in den meisten Beziehungen vom Auslande abhängig sind, wird die Kaufkraft unseres Geldes auch im Inlande nach dem Auslandskurs gewertet, so daß ein Sinken des Kurses im Auslande ein Steigen aller Preise auch im Inlande nach sich zieht. Die Entwertung der Valuta bewirkt natürlich auch ein Anschwellen aller übrigen Ansätze des Voranschlages. Bishermäßig ist das heute nicht festzustellen, aber es geht zweifellos in viele, viele

Millionen. Die Entwertung des Geldes ist auch die Hauptursache für das Anschwellen einer anderen großen Post, die summarisch aus verschiedenen anderen Posten zusammengesetzt ist, nämlich der Posten für die sozialen Fürsorgen. Sie werden im Voranschlag mit zusammen über 15 Milliarden gewertet, betragen also mehr als 45 Prozent sämtlicher Staatsausgaben.

Die dritte Post ist der Staatschuldenaufwand. Bei den Staatschulden müssen wir jene unterscheiden, welche wir als unseliges Erbe aus der Kriegszeit übernommen haben, und jene, die die Republik Österreich selbst kontrahiert hat. Der Stand der Staatsschuld, die wir aus früherer Zeit übernommen haben, beträgt insgesamt am 30. Juni 1920, wenn ich die Kursverluste berücksichtige, über 108 Milliarden, das ist der Stand der Staatschulden Altösterreichs. Wie viel von diesen Staatschulden definitiv auf Österreich entfallen wird, steht heute noch nicht fest, weil weder Vereinbarungen mit den Sanktionsstaaten noch Entscheidungen der Reparationskommission im Sinne des Friedensvertrages vorliegen. Wir haben aber, allerdings unpräzisierlich der Entscheidung, im Staatsvoranschlag nach einem gewissen Schlüssel einen Betrag von rund 45 Milliarden als Anteil Österreichs an den altösterreichischen Staatschulden angenommen. Die eigenen Staatschulden, die die Republik kontrahiert hat, können nach dem Stande vom 30. Juni 1920 mit 14.900 Millionen beziffert werden. Die Gesamtsumme, also der Anteil an den altösterreichischen Staatschulden und die österreichischen Staatschulden, beträgt 60 Milliarden mit einem jährlichen Zinsenaufwand von über 5 Milliarden.

Schon dieses Bild des Staatsvoranschlages — ich muß die Herren bitten, den Zeitpunkt immer zu berücksichtigen, in welchem dieser Staatsvoranschlag aufgestellt wurde — zeigt, daß auf jeden Kopf der Bevölkerung eine Staatsschuld von 10.000 K entfällt, ein Betrag, der sich seither schon wesentlich erhöht hat und selbstverständlich im Laufe des Verwaltungsjahres leider noch weiter erhöhen wird.

Diese drei angeführten Posten zeigen mit aller Deutlichkeit die ungünstigen staatswirtschaftlichen Voraussetzungen für die Führung unseres Staatshaushalttes. Die vierte Post, der Personalaufwand, zeigt wieder das krasse Maßverhältnis zwischen unserem Verwaltungsaufwand und unserer Leistungsfähigkeit. Im Staatsvoranschlag ist der Personalaufwand mit 8.9 Milliarden präliminiert; hiezu kommt für bereits bewilligte Maßnahmen, die teils in einmaligen Aushilfen, teils in dauernden Besoldungsverbesserungen bestehen, ein Aufwand von über 3 Milliarden, so daß der tatsächliche Personalaufwand die Höhe von über 12 Milliarden bereits erreicht hat, das ist weit mehr als die Hälfte aller präliminierten Einnahmen.

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

115

Diese Daten, die ich hier angeführt habe, genügen, um unsere finanzielle Lage nach dem Staatsvoranschlag erkennen zu lassen. Ich bin aber verpflichtet, hohes Haus, darauf aufmerksam zu machen, daß der Staatsvoranschlag durch die tatsächliche Gebarung schon weit überholt ist, weit überholt sein muß, daß seine Angaben den tatsächlichen Verhältnissen nicht mehr entsprechen. Wir müssen uns vor Augen halten, daß die Aufstellung des Staatsvoranschlages, wie bereits erwähnt, in den Jänner dieses Jahres zurückgreift. Die Ausfälle für einen der größten Posten, für die Kursverluste, gründen sich im allgemeinen auf jene Kurse, die im Dezember 1919, also im Stichmonate des Staatsvoranschlages, festgestellt waren. Nur bei den Auslandskäufen von Lebensmitteln, ferner bei jenen Posten, welche das Zinsenerfordernis für Auslandskredite berücksichtigen, ist der aktuellere Kurs vom 30. Juni 1920 zugrunde gelegt worden. Seither haben sich aber die Kurse wesentlich verschlechtert, insbesondere in den letzten Wochen ist, wie Sie wissen, ein rascher Kurssturz eingetreten, so daß die Ausgaben für Kursverluste nach der letzten Durchrechnung, die wir am 15. Oktober am Staatsvoranschlag vorgenommen haben, weit mehr als 12 Milliarden betragen, gegenüber einem Präliminare von 3,8 Milliarden. Ob seither wieder eine Verschiebung eingetreten ist, beziehungsweise ob zu jener Zeit, wo wir in der Lage sein werden, dem hohen Hause einen Nachtrag zum Staatsvoranschlag vorzulegen, eine Verschiebung zum Schlechteren oder Besseren sich ergeben wird, das ist eine Frage der Zeit. Es ist unmöglich, allmonatlich eine solche Durchrechnung des ganzen Staatsvoranschlages bei den stets wechselnden Kursen vorzunehmen.

Die Entwertung der Valuta muß natürlich auch einwirken auf alle übrigen Ausgabensätze. Den Personalmehraufwand habe ich schon erwähnt. Die Folge ist die, daß wir das Defizit, das wir mit 12,5 Milliarden präliminiert haben, weit überschritten haben und daß wir mit Ende dieses Jahres voraussichtlich mit einem Defizit von mehr als dem Doppelten rechnen müssen.

Diese Annahme findet ihre Bestätigung in der Finanzspruchnahme von Krediten. In diesem Verwaltungsjahr hat uns die frühere Nationalversammlung schon auf Grund von zwei Budgetprovisorien und auf Grund eines Spezialgesetzes Kreditermächtigungen von zusammen 9 Milliarden eingeräumt. Diese Kredite sind im Oktober schon vollständig aufgebraucht gewesen, im Wesen durch die Begebung von 2 1/2 prozentigen Staatschahlscheinen. Diese enorme Finanzspruchnahme von Krediten zeigt eben, daß das Gebarungsbild, das wir im Staatsvoranschlag bieten, durch die Gebarung selbst weit überholt ist. Es ist nur zum Teil diese Erhöhung des Defizits darauf zurückzuführen, daß die Ein-

nahmen — das ist ja gewiß auch ein Moment, das mitspielt — nicht in jenem Maße einfließen, als wir sie präliminiert haben. Ich greife hier speziell heraus bei den direkten Steuern die allgemeine Erwerbsteuer, dann die Einkommensteuer, deren Ertragnis gegenüber der Voranschlagsquote der ersten drei Monate dieses Verwaltungsjahres wesentlich zurückgeblieben ist. Hier sind aber mehr technische Momente mitspielend, indem im ersten Falle, bei der Erwerbsteuer, die Zahlungsaufträge erst nach Wirksamkeit des Gesetzes vom 23. Juli 1920, mit welchem die Kontingentierung für die Zeit vom Jahre 1918 bis zum Jahre 1920 aufgehoben wurde, hinausgegeben werden konnten. Bei der Einkommensteuer ist die Veranlagung auf Grund der Vorjahrserträge, aber mit den erhöhten Sätzen der Personalesteuernovelle, noch nicht vollständig zu Ende. Bedenklicher ist das Rückbleiben des finanziellen Effektes bei den indirekten Steuern. Der Ertrag dieser weist ebenfalls gegenüber der dreimonatigen Voranschlagsquote ein Zurückbleiben auf, und zwar 139 Millionen gegenüber 193 Millionen. Hier ist das Zurückbleiben allerdings zum großen Teile darauf zurückzuführen, daß die den indirekten Abgaben zugrunde liegenden abgabepflichtigen Gegenstände, also insbesondere Zucker und Mineralöl, jene Gegenstände, welche aus dem Auslande eingeführt werden müssen, nicht in jenem Maße zur Verfügung standen, daß der präliminierte Konsum damit befriedigt werden konnte. Das ist ein natürliches Ergebnis, aber bedauerlicherweise für die staatsfinanzielle Gebarung vielleicht nicht mehr einzuholen.

Außer diesen Kreditermächtigungen steht uns heute nur mehr ein ganz geringfügiger Kassenbestand zur Verfügung. Ich muß es offen sagen, ein Kassenbestand, der gerade noch ausreichte, die dringendste laufende Gebarung um die Monatswende herum zu befriedigen. Zur Aufrechterhaltung des Kassendienstes bedarf ich unbedingt der Kreditermächtigung, die mein Herr Amtsvorgänger eingebracht hat und die mit jener Ermächtigungsziffer bemessen ist, mit 3600 Millionen, wie wir sie im Finanzgelehrtenwurf angesprochen haben. Mit dieser Kreditermächtigung von 3600 Millionen wird es mir möglich sein, sofern keine unvorhergesehenen Ausgaben an uns herantreten, bis Ende des laufenden Monats, vielleicht bis über die ersten Tage des Monats Jänner, das Auslangen zu finden.

Nur bis dahin, denn wir haben aus diesem Betrage große Zahlungen für im November bezogene Lebensmittel zu leisten und wir sind außerdem noch infolge einer gerade in den allerletzten Tagen wieder gefallenen Stellungnahme der Reparationskommission in Paris in der Frage, ob die Schulden der Österreichisch-ungarischen Bank aus den Valutabeständen oder nur in Konkurrenz mit den

mit der Möglichkeit einer Steigerung der Einnahmen fertig.

Ich habe gesagt, daß wir durch eine bloße Einnahmensteigerung aus diesem Mißverhältnisse zwischen Einnahmen und Ausgaben nie herauskommen werden. Eine Besserung ist aber möglich, wenn wir unsere Ausgabenseite einer durchgreifenden Revision unterziehen, und da komme ich zum Begriffe des Sparsams, zum Gebote der Sparsamkeit, ein Gebot, das aber von vielen Kreisen unter den heutigen Verhältnissen als verpönt bezeichnet wird. Ich stelle es aber unter allen Maßnahmen an erste Stelle, weil Sparsamkeit nach meiner Überzeugung die Voraussetzung dafür ist (Sehr richtig!), daß auch die übrigen Maßnahmen, die wir in Anwendung bringen können, einen Erfolg haben werden, weil wir darauf dringen müssen, daß die Überzeugung von der Notwendigkeit von Sparmaßnahmen in der ganzen Bevölkerung Eingang finden muß, und weil, wenn wir und die ganze Bevölkerung den ernsten Willen zum Sparen haben, dies allein schon die Möglichkeit eines Erfolges verbürgt.

Ich stelle mir ja gewiß auch nicht vor, daß die Sparmaßnahmen, die wir jetzt einleiten können, unserer augenblicklichen Notlage abhelfen werden, aber alle Sparmaßnahmen müssen eben zur Vorbereitung dienen, um das, was wir erwarten, nämlich die Hilfe von der Entente, in jene Wege zu leiten, auf denen wir dann unser Wirtschaftsleben aufbauen können.

Der Umstand, daß die Erhöhung unserer Ausgaben zum großen Teile eine Folge unserer Geldentwertung ist, führt uns dazu, daß wir unsere Ausgaben sowohl dem Grunde als auch der Art nach abbauen müssen, daß wir also den Boden eingengen müssen, auf dem die Geldentwertung ihren bedrohlichen Einfluß ausübt. Der Abbau — wenn ich von der Staatsverwaltung selbst spreche — muß das ganze Gebiet der Staatsverwaltung umfassen, sowohl den Verwaltungsaufwand als auch den Ressortaufwand. Der Abbau des Verwaltungsaufwandes, Hohes Haus, ist nur unter der Voraussetzung möglich, daß wir alle Erinnerungen an die Größe des Aufwandes unter dem alten Staate hinter uns lassen und daß wir mit vollen Kräften und in voller Übereinstimmung bemüht sind, die kleine Grundlage zu schaffen, den kleinen Rahmen zu fügen, in den unser kleiner Staat heute eben noch hineinpaßt. (Zustimmung.)

Hohes Haus! Ein Spielen mit den Begriffen, wie Prestige, Repräsentation u. dgl. ist heute bei einem Kleinstaat, der leider gezwungen ist, sein Dasein, seine Existenzmöglichkeit von der Hilfe auswärtiger Mächte abhängig zu machen, vermeissen. Der Verwaltungssapparat, wie er heute besteht, erdrückt unsere Verwaltung; er war schon im alten

Staate zu groß, heute ist er für unsere Verhältnisse unerträglich.

Dass Ersparnisse erzielt werden können, ist unleugbar. Während des Krieges wurden verschiedene Amtsstellen und Kommissionen geschaffen, damals ohne innere Notwendigkeit; sie bestehen zum Teile heute noch, auch ohne Notwendigkeit. Auch nach dem Zusammenbruch sind Stellen geschaffen worden, deren Notwendigkeit einer eingehenden Revision kaum in allen Fällen standhalten wird. Es wird sich auch zeigen, daß es möglich sein wird, gewisse Behörden und Ämter zusammenzulegen; wir haben ja schon Versuche in dieser Richtung gemacht — ich verweise nur auf die Zusammenlegung der Zentralstellen im Vorjahr —, aber sie haben zu keinem besonderen Erfolg geführt, wohl aus dem Grunde, weil das sachliche Motiv nicht das ausschließlich leitende war. Mit diesem Abbau des äußeren Gefüges unseres Verwaltungssapparates muß aber auch die Ersparung in der inneren Verwaltung Hand in Hand gehen, die selbstverständlich in großzügiger Weise nur durch die große Verwaltungsreform, an der ja gearbeitet wird, erzielt werden kann. Es wird aber, hohes Haus, gewiß auch heute schon möglich sein, rasch realisierbare Aktionen in einzelnen Ämtern, in einzelnen Ressorts durchzuführen, namentlich auf dem Gebiete der Geschäftsvorfachungen und auf dem Gebiete von sachlichen Aussagen. Bei dieser Gelegenheit möchte ich übrigens die Entschuldigung des Hauses erbitten: ich habe den Voranschlag dem hohen Hause noch in jenem Gewande und in jener Adaptierung vorgelegt, wie er für die Nationalversammlung bestimmt war, und habe von einer Umarbeitung der Druckauslage abgesehen. Ich glaube, das hohes Haus wird mir das als ersten Schritt zu jenen Sparmaßnahmen, die ich hier im Auge habe, anrechnen und mir verzeihen.

Und nun komme ich von diesem Kapitel zu einem sowohl für die Verwaltung als auch für die Privatinteressen der einzelnen heiligen Gebiete, das ist die Frage des Personalaufwandes, die Frage der Möglichkeit eines Personalabbau. Gerade in der letzten Zeit, anlässlich dieser verschiedenen Personarmaßnahmen mit ungeheuren Erfordernissen, ist ja vielfach über unseren Personalüberschuss gesprochen worden. Ich brauche darauf nicht näher einzugehen: die Tatsache, daß wir an einem Personalüberschuss leiden, steht fest. Das Personal steht in keinem Verhältnis zu unseren Ausgaben, steht in keinem Verhältnis zu unserem Aufwand. Dazu kommt noch, daß das Personal in den einzelnen Ressorts oder auf die einzelnen Ressorts nicht nach dem Umfang der Verwaltungsaufgaben, sondern heute vielfach nach rein zufälligen Ereignissen, insbesondere nach der größeren oder geringeren Übernahme durch die Sutzessionsstaaten verteilt ist. Diesen Grundsatz, meine Herren,

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

119

müssen wir uns zur Danachachtung und zum strikten Einhalt aufstellen, daß kein Amt existieren darf, welches nicht unbedingt notwendig ist, und daß dieses Amt nicht mehr Beamte haben darf, als es zu seiner Amtsführung unbedingt bedarf, aber auch allerdings so viel Beamte haben muß, als es im Interesse der Bevölkerung zur Durchführung dieser Verwaltungsaufgaben bedarf.

Ich verhehle mir nicht, hohes Haus, daß die Frage des Personalabbaues als schwerer Eingriff in die Existenz des einzelnen verstanden werden kann, namentlich wenn er unter den gegenwärtigen Verhältnissen ausnahmslos in der — wenn ich so sagen darf — landesüblichen Form einer mehr oder weniger zwangswiseen Pensionierung vor sich geht. Aber, hohes Haus, ich möchte mit der Frage des Personalabbaues auch gar nicht so einschneidende Wirkungen unter den heutigen Verhältnissen verbunden haben. Bei ernstem Wollen hoffen wir ja doch, daß wir mit auswärtiger Hilfe bald zu einem Wiederaufbau unserer Wirtschaft kommen werden, zu einer Entwicklung unserer Industrie, zu einer Hebung unserer Produktion auf allen Gebieten, und da halte ich es nun heute schon für den richtigen Zeitpunkt und für die Pflicht der Regierung, wenigstens jene Richtlinien aufzustellen, nach denen der Übergang eines Teiles der Beamtenschaft in die Privatindustrie, in die Privatbetriebe, zu einem privaten Erwerb ermöglicht oder erleichtert werden kann.

Unter Abbau, meine Herren, verstehe ich aber auch die Verwendung der Beamten an ihrem richtigen Platz. Es muß Vorsorge getroffen werden, daß aus jenen Ressorts, wo zweifellos überflüssiges Personal ist, dieses Personal in andere Ressorts, wo im Interesse der Durchführung der Verwaltungsaufgaben sonst zu einer Neuaufnahme von Beamten geschritten werden könnte, hinaufgeschoben werden kann.

Dass natürlich alle diese Maßnahmen, die ja sonst gewiß für die Existenz des einzelnen unheilvoll sein könnten, mit möglichster Schonung der materiellen Interessen des einzelnen durchgeführt werden müssen, halte ich für selbstverständlich. Ich sehe überhaupt in der Ersparung aus dem Personalabbau zunächst nur eine Ersparung an sachlichen Auslagen; die Ersparung an personellen Auslagen wird erst in jenem Momente eintreten, wo der Übergang zur privaten Wirtschaft, zu privatem Erwerb oder die Pensionierung dort, wo die Arbeitskraft des einzelnen nicht mehr ausgenutzt werden kann, erfolgt. Ich bitte bei dieser Gelegenheit das hohe Haus, zur Kenntnis zu nehmen, daß an der Aufstellung solcher Grundsätze, durch welche die erwähnten Interessen der Verwaltung und der Angestellten in gleichem Maße Berücksich-

tigung finden sollen, gearbeitet wird, und sie dem hohen Hause bald vorgelegt werden.

Aber nicht allein die Verwaltungsaufgaben müssen abgebaut werden. Viel einschneidender wird der Abbau der Ressortausgaben einwirken, das sind jene Ausgaben, die eben mit der Erfüllung der Ressortaufgaben verbunden, welche ein Ausfluß dieser Aufgaben sind.

Hohes Haus! Trotz der eindringlichen Sprache, welche die Biffern unseres Budgets, das ja auch schon bekannt war, sprechen, ist die Erkenntnis des Sparsam an allem, was nicht unbedingt notwendig ist, in weiten Kreisen der Bevölkerung und auch an maßgebenden Stellen noch nicht gefestigt. Ein Staat, der aber um seine wirtschaftliche Existenz ringt, der alles tun muß, um unter den größten Anstrengungen für seine Bevölkerung nur die lebenswichtigsten Artikel zu beschaffen, darf sich, wenigstens zunächst, mit keinen anderen Ausgaben belasten als solchen, die zur Erhaltung der Existenz unbedingt notwendig sind. Schon in der Regierungserklärung hat unser Herr Bundeskanzler jene sozialen und produktiven Aufgaben bezeichnet, die durchgeführt werden müssen. Über diesen Rahmen hinaus aber und darüber hinaus, was innerhalb dieses Rahmens unbedingt notwendig ist, dürfen wir nicht gehen. Alle Wünsche, mögen sie auch aus kulturellen oder sozialen Interessen wünschenswert sein, müssen eben solange zurücktreten, bis es uns gelungen ist, auf andere Weise für unsere Lebensnotwendigkeit vorzusorgen.

Der Grundsatz, daß neue Ausgaben nur dann bewilligt werden dürfen, wenn sie produktiver Natur sind oder wenn sie zur Aufrichtung und Erhaltung unserer Existenz dienen, hat auch in der Regierungserklärung Platz gegriffen. Und ich kann hier mit Freude konstatieren, daß sämtliche Mitglieder der Regierung von dem Bewußtsein durchdrungen sind, daß am Verwaltungs- und am Ressortaufwand gespart werden muß, und daß sie überzeugt sind, daß gespart werden kann. Es hat sich, wenn ich so sagen darf, eine Ersparungskoalition unter den Regierungsmitgliedern gebildet, die, wie ich hoffe, dem Finanzminister wenigstens auf diesem Gebiete seine Aufgabe erleichtern wird. (Bravo!)

Zu allen diesen Maßnahmen brauchen wir, hohes Haus, Ihre einsichtsvolle Unterstützung. Denn wir verhehlen uns nicht, daß namentlich auf dem Gebiete der Ressortausgaben beim Zurückdrängen, bei der Einschränkung der einzelnen Ressortaufgaben schwere Widerstände zu überwinden und große Hindernisse zu beseitigen sein werden. Diese Aufgabe kann nur mit Ihrer Unterstützung gelingen, wenn Sie die Mithilfe der Bevölkerung anrufen, wenn Sie es zum Gemeingut aller machen, daß die Lebenserhaltung des Staates heute ausschließlich in der Gesundung seiner Finanzen gelegen ist.

Hohes Haus! Das Gewähnte sind alles Maßnahmen, die unmittelbar budgetär einwirken und auch — natürlich nur allmählich — eine Herabminderung unseres budgetären Ausgabenstandes zur Folge haben werden. Zur vollen Erkenntnis unserer wirtschaftlichen Lage bedarf es aber der Erfassung jener Erscheinungen, die die Kräfte des Wirtschaftslebens angeben: Das ist der Banknotenumlauf und der Kursstand. Das kolossale Defizit der Staatsfinanzen, welches hauptsächlich durch die Buschlässe, die der Staat zu den Lebensmitteln leistet, hervorgerufen wird, zieht die ganze Volkswirtschaft in die unheilsvolle Mitleidenschaft. Wir versuchten bisher, den Abgang durch die Ausgabe kurzfälliger Schatzscheine zu decken, die aber immer wieder direkt oder indirekt ihren Weg zur Notenbank finden, das heißt, es wird immer wieder zur Notenpresse gegriffen. Nach dem Geschäftsstande der Österreichisch-ungarischen Bank vom 25. November beträgt der Banknotenumlauf 26 Milliarden und wenn wir die sofort fälligen Giroguthaben des Publikums miteinrechnen, 29 Milliarden und wir können bei der Situation, die wir heute überblicken können, damit rechnen, daß mit Ende dieses Jahres der Banknotenumlauf eine Höhe von 32 Milliarden erreicht haben wird. Eine so rasch fort schreitende Vermehrung des ungedeckten Papiergebdes muß schließlich immer wieder auf die Wechselskurse, auf die Kaufkraft des Geldes ungünstig fortwirken und damit unseren Wirtschaftskörper erschöpfen und niederhalten. Diese fort schreitende Entwertung des Geldes steigert einerseits unmittelbar die Ausgaben des Staates, der von Monat zu Monat immer größer werdende Summen aufwenden muß, um das Minimum von Lebensnotwendigkeiten herbeizuschaffen und diese größeren Aufwendungen kann er immer wieder nur durch eine wachsende Finanzpruchnahme der Notenpresse decken. Aber auch auf die allgemeine Volkswirtschaft und die Einzelhaushaltungen äußert die Banknoten inflation, die Entwertung der Krone ihre verderblichen Rückwirkungen. Die Industrie muß ihre Kohle und ihre Rohstoffe zu immer höheren Preisen ankaufen, ihre Mittel und die Mittel der sie finanziierenden Institute sind dem erhöhten Geldbedarfe nicht mehr gewachsen. Der scheinbare Vorteil, der in der Möglichkeit eines erhöhten Exportes liegt, wird weit aus aufgewogen durch die Zurückhaltung der Produktion im Inlande, welche äußerstens nur durch ausländisches Kapital notdürftig aufrechterhalten werden kann. In den Einzelhaushaltungen müssen Ersparnisse und Habe geopfert werden, um das Leben überhaupt fristen zu können. (Zustimmung.) Und dort, wo der Inhaber der Haushaltung vielleicht in der Lage ist, das Lebensnotwendige durch neue Lohnforderungen hereinzu bringen, wirkt er dadurch immer wieder auf die Preiserhöhung der Lebensmittel und damit wieder auf die Entwertung

des Geldes, auf die Höhe des Banknotenumlaufs ein.

Aus allen Gesichtspunkten ist daher die Einschränkung des Banknotenumlaufs, die Herstellung eines geordneten Haushaltes unsere oberste Pflicht. Nur durch eine solche Ordnung können wir hoffen, dem Rückgang der Kaufkraft des Geldes ein Ende zu bereiten, unseren Geldwert einigermaßen zu stabilisieren und das Vertrauen des Volkes in unsere Leistungsfähigkeit, in die Leistungsfähigkeit unseres Geldes, in die Tragfähigkeit unserer Krone wieder herzustellen und damit den Boden für unseren künftigen Aufbau vorzubereiten.

Wenn wir an die Heilung schreiten, so müssen wir zunächst an rein äußerliche Mittel denken. Die Finanzverwaltung pflegt in solchen Fällen durch Ausgabe gut verzinslicher Papiere die Wucherungen des Banknotenumlaufs aufzusaugen. Wir haben ja auch auf diesem Gebiete schon mehrfache Erfahrungen gemacht und der Erfolg war bisher insofern ein ungünstiger, als dieses Aufsaugen immer wieder durch größere Ausgaben weit überholt worden ist. Vor kurzem hat die Finanzverwaltung die sechsprozentigen Schatzscheine mit erhöhter Rentabilität ausgegeben und es ist zu hoffen, daß dieser Weg zu einem gewissen Erfolg führen wird. Nach kaum einmonatlicher Geltung haben wir 617 Millionen Kronen an Schatzscheine begeben gehabt. Damals — es war Ende Oktober — hatte der Vertrieb auf dem Lande überhaupt noch nicht begonnen und die Früchte der Propaganda, die wir eingeleitet haben, waren damals noch nicht zu sehen. Ich bin überzeugt, daß mit Ende des Jahres die Begebung dieser Schatzscheine wesentlich vorgeschritten sein wird.

Ich möchte gerade von dieser Stelle alle, die da mithelfen können, auffordern, die Bestrebungen der Staatsverwaltung in dieser Richtung, mit Hilfe dieser Schatzscheine unseren Banknotenumlauf etwas einzudämmen, werktätig zu unterstützen. Ich richte meine Bitte insbesondere an die ganze Presse, die bisher vollstes Verständnis für diese Frage gezeigt hat. Ich richte diese Bitte aber auch an Sie, meine Damen und Herren, an alle Landesstellen und Behörden draußen, daß sie die Propaganda, welche die Staatsverwaltung eingeleitet hat, auch von Mann zu Mann weiterleiten, zu einer großzügigen gestalten und damit zur Gesundung der Finanzen beitragen.

Ein zweiter Weg zur Eindämmung der Banknoten inflation ist uns auch durch die Vermögensabgabe eröffnet worden. Die Regierung hat es sich zur Pflicht gemacht, die Vermögensabgabe durchzuführen. Bekanntlich sollen nach dem Gesetz die bei der Vermögensabgabe einfließenden Banknoten eingezogen werden. Wir haben nun im Staatsvoranschlag als Ertragsnis der Vermögensabgabe den Betrag von zweieinhalb Milliarden

eingestellt. Das ist ein Betrag, der im quotenmäßigen Verhältnis zum Gesamtergebnis, das wir von der Vermögensabgabe erhoffen, relativ sehr groß ist; aber mit Rücksicht auf die großen Befreiungen, die bei Vorauszahlung der Vermögensabgabe eingeräumt sind, hoffen wir, daß in den nächsten Monaten, wenn auf Grund der zu gewärtigenden Durchführungsverordnung die technische Möglichkeit zu Vorauszahlungen gegeben ist, größere Einzahlungen von der Vermögensabgabe zu erwarten sind. Es ist zwar anzunehmen, daß etwa die Hälfte in Kriegsanleihe gezahlt werden wird, immerhin wird auch ein großer Teil an Banknoten einfließen, der aus dem Verkehr gezogen werden muß.

Beide Wege, hohes Haus, führen zunächst nur dahin, daß die Banknoten aus dem Verkehr gezogen werden. Das nächste Ziel ist, den Banknoten den Rückweg zu verlegen, das Zurückstromen der Banknoten in den allgemeinen Verkehr zu verhindern. Dieses Ziel kann aber nur durch Beobachtung des Gebotes der Sparsamkeit erreicht werden, dadurch, daß wir unsere Ausgaben soweit wie möglich einschränken. Hier treten eben Sparen und Banknotenumlauf in die Wechselwirkung. Keine Maßnahme, und wenn sie noch so sehr zur Eindämmung des Banknotenumlaufes beitragen würde, kann irgendwie helfen, wenn auf der anderen Seite wieder Ausgaben ohne Bedeckung gemacht werden. Keine Verminderung des Banknotenumlaufes darf auf der andern Seite durch bedeckungslose Ausgaben aufgehoben oder gar, wie es bisher die Regel war, überstiegen werden. In der Regierungserklärung finden wir den Passus angekündigt, daß neuen Ausgaben auch weitere Einnahmehöhungen gegenüberstehen sollen, und auch Sie, meine Damen und Herren, haben in der Geschäftsordnung selbst diesem Grundsatz Ausdruck verliehen. Unsere finanzielle Lage ist eben eine derartige, daß sie alles bisher Dagewesene weit hinter sich läßt und es ist bei der unerträglichen Belastung, die die kolossalen Zuschüsse zur Lebensmittelversorgung verursachen, bei der Belastung, die uns die Besoldung der Staatsbeamten auferlegt, die heute schon nicht mehr aus den laufenden Einnahmen bestritten werden kann, und bei der Belastung, die uns aus den bereits zugestandenen Besoldungsordnungen noch bevorsteht, nicht zuviel gesagt, wenn ich annehme, daß wir zu einer bisher noch nicht dagewesenen Finanzpruchnahme der Notenpresse mit ihren äußersten Konsequenzen kommen werden, wenn die Regierung und das hohe Haus sich nicht den Grundsatz zum Gebote macht: keine Ausgaben ohne Deckung!

Unsere finanzielle Lage wird es erfordern, daß wir alle von den früheren Regierungen schon in Aussicht gestellten und zugesagten Maßnahmen

auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiete einer eingehenden Revision unterziehen, ob wir sie unter den gegenwärtigen finanziellen Verhältnissen überhaupt aufrecht erhalten können. Es mag sein, daß eine Zurückziehung solcher Zusagen die wirtschaftliche Lage des einzelnen unterbinden und zu einem Debakel in sozialer Beziehung führen würde, weil ja doch diese Zusagen schon den Grund gegeben haben können für die Einteilung der Lebensfikirung der hievon Betroffenen. Wenn sich aber das hohe Haus zu diesem Entschluß nicht durchringen kann, so muß ich doch bitten, unbedingt den Grundsatz zu verfolgen, daß neu auftretende Ausgaben nur dann und in jenem Zeitpunkte bewilligt werden, wenn die Bedeckung hiefür geschaffen ist, wenn sie nicht eine neue Erhöhung des Banknotenumlaufes zur Folge haben.

Dies sind die Mittel und Wege, die uns zur Eindämmung der Noteninflation zur Verfügung stehen. Es ist die Belebung einer eingehenden Propaganda für die Begebung der sechsprozentigen Schatzscheine und es sind in erster Linie Ersparungsmaßnahmen. Eine weitere außerordentliche Maßnahme, den Notenüberfluß einzudämmen, möchte die Regierung unter den dermalen gegebenen Verhältnissen nicht ins Auge fassen, es erscheint uns vielmehr von Wichtigkeit, sicherzustellen, daß bis zu jenem Zeitpunkte, wo wir, gestützt auf eine Sanierung unserer Finanzen, an eine Neuordnung unserer Währung schreiten können, unser Geldsystem ohne außerordentliche Erschütterungen weitergeführt werden kann. Wie Sie wissen, meine Herren, gehört es zum Programm der Reparationskommission, daß die uns in Aussicht gestellte Sanierung unserer finanziellen Lage durch große Aushilfskredite verbunden werde mit der Gründung einer auf internationalem Kapital gestützten Notenbank, deren Hauptaufgabe es sein soll, unser Papiergeld allmählich zu fundieren, der Periode exzessiver Wertschwankungen ein Ende zu machen und so den Übergang zu einem neuen gefündernen Geldsystem zu ermöglichen. Bis nun eine solche Regelung unserer Währungsverhältnisse, die wir aus eigenen Mitteln selbstverständlich nur fördern können, durchgeführt werden kann, müssen wir unser heutiges Geldsystem in seinem Weiterbestande erhalten. Dies wird aber dann möglich sein, wenn die Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank in einer Form durchgeführt werden kann, die uns die Handhabe bietet, mit der Österreichisch-ungarischen Bank ein Übereinkommen wegen Fortführung unseres Notenbankwesens zu treffen.

Es ist dies bei dem Standpunkte, den die Reparationskommission und die Liquidatoren der Österreichisch-ungarischen Bank einzunehmen scheinen, den wir dankbar anerkennen müssen, daß nämlich die Liquidation der Österreichisch-ungarischen Bank

ohne schwere Erschütterungen unserer Geld- und Volkswirtschaft durchgeführt werden soll, wahrscheinlich, und wir hoffen es, daß wir zu diesem Ziele gelangen werden, daß wir die Möglichkeit haben, diese Vereinbarung zu treffen. Dann, hohes Haus, wird aber auch die Möglichkeit gegeben sein, die mit der Fortführung unseres Notenbankwesens betraute Geschäftsstelle in der Österreichisch-ungarischen Bank zu Diensten der Finanzverwaltung heranzuziehen.

Hier denke ich in erster Linie an den Dienst unserer sechsprozentigen Schatzscheine, welche vermöge ihrer hohen Rentabilität und ihrer leichten Einlösbarkeit sich zur Anlage flüssiger Geldmittel und zu Sparzwecken besonders eignen. Es wäre das nächstliegende, wenn die Geschäftsstelle der Österreichisch-ungarischen Bank und die Filialen den gesamten Dienst dieser sechsprozentigen Schatzscheine übernehmen und für Rücklösung und Restkompott dieser Schatzscheine je nach Bedarf der Schatzscheinlängiger Vorfrage treffen würden. Daß eine solche Maßnahme das Bedürfnis, Schatzscheine zu kaufen, ungemein steigern und den Schatzscheinen zu einem durchschlagenden Erfolge verhelfen würde, steht für mich außer Zweifel. Wir würden übrigens damit nur dem Beispiel anderer Staaten folgen und außerdem die Möglichkeit haben, diese Bankstelle außerdem dann auch noch für andere Zwecke des Finanzdienstes heranzuziehen.

Hohes Haus! Wenn die Kräftigung unserer wirtschaftlichen Verhältnisse in einer Form erzielt sein wird, wie wir sie aus der Kreditgewährung der Entente in Verbindung mit einer ökonomischen Gebarung, die wir uns selbst als Ziel setzen müssen, erhoffen, dann wird der Zeitpunkt gekommen sein, in dem wir daran schreiten können, das durch die kurzfristigen Schatzscheine eingesetzte Programm zur Verminderung des Banknotenumlaufes durch die Schaffung eines neuen Anleihetypus auszubauen. Ich würde hier an eine in größtem Stile aufgelegte innere Anleihe denken, die zwei Zwecke kombinieren würde: Die Schaffung des Anlagekapitals für große öffentliche Unternehmungen wie Elektrifizierung der Staatbahnen und zunächst die Deckung des Defizits ohne neue Notenausgabe. Die Anleihe müßte von jenen Großmächten, welche uns die Hilfskredite in Aussicht gestellt haben und gewähren werden, garantiert werden und dadurch besondere Sicherheit genießen.

Falls ein solcher Plan die Zustimmung der Entente finde, ist allerdings anzunehmen, daß die Garanten eine Finanzkontrolle verlangen würden. Daher müßte diese Anleihe, welche ich mir als eine langfristige vorstelle, derart konstruiert werden, daß die Garantie der auswärtigen Mächte für die Anleihe nur auf einen Teil der Laufdauer beschränkt

wird, und zwar auf jenen Zeitraum, welcher der Dauer der auf Grund der auswärtigen Hilfskredite ohnedies zu gewärtigenden Finanzkontrolle entspricht. Nach Ablauf der Garantiefrist würde erst die Tilgung einsetzen, welche mittels einer gleichbleibenden Annuität innerhalb einer angemessenen langen Frist durchzuführen wäre. Um den Subskriptionserfolg zu erhöhen, könnten sowohl hinsichtlich der Einzahlungsmodalitäten als auch der Kündbarkeit verschiedene Maßnahmen getroffen werden, welche sich mit unseren kreditpolitischen und finanziellen Interessen einerseits und mit den Vorteilen für die Zeichner der Anleihe vereinbaren ließen.

Da der Plan dieser Anleihe erst in großen Umrissen feststeht, will ich mich über diese näheren Modalitäten hier nicht aussprechen.

Sie sehen, meine Damen und Herren aus diesen Darlegungen, daß ich speziell der großen Aufgabe der Eindämmung des Banknotenumlaufes ohne gewaltsame Maßnahmen mein vollstes Augenmerk zugewendet habe. Für eine unerlässliche Voraussetzung eines wirklich bedeutsamen Erfolges halte ich es aber, daß eine gewisse wirtschaftliche Konsolidierung in Sicht kommt und mit Hilfe großer Auslandskredite die Möglichkeit uns eröffnet ist, zu einer wirtschaftlichen Festigung zu gelangen, das Vertrauen zum Werte unserer Krone zu steigern und damit einen wesentlichen Faktor unseres gerade in dieser Beziehung beeinträchtigten Staatskredites wieder zur Geltung zu bringen.

Wenn ich nun noch einige Worte über den Kursstand sprechen darf, so muß ich leider konstatieren, daß heute der Tieftstand unseres Kurses ein solcher ist, daß er auf die Dauer als unerträglich bezeichnet werden muß. Dieser Verfall hat allerdings die Währungen aller Staaten getroffen, außer jener Amerikas. Der Dollar ist der Sieger über alle Währungen geblieben. Soweit der Tieftstand unserer Valuta auf diese Weltkrankheit der Währungen zurückzuführen ist, können wir durch einseitige Mittel nicht Abhilfe schaffen; soweit aber in diesem tiefen Kursstande vielleicht auch das Maß der Wertschätzung, das unsere Leistungsfähigkeit im Auslande findet, zum Ausdruck kommt, können wir allerdings aus eigener Kraft abhelfen, wenn wir nicht nur mit Worten, sondern auch mit Taten das Vertrauen des Auslandes durch Sparsamkeit und durch ernste Arbeit wieder herstellen. Ernstes Arbeit ist der Weg, auf dem wir unser Ziel erreichen können.

Es ist eine bedauerliche Erscheinung jedes Umsturzes, daß jene Regeln der Arbeit, welche allein den volkswirtschaftlichen Wert verbürgen, in Vergessenheit geraten und in Verwirrung kommen. Und so sehen wir auch heute vielfach, daß die Arbeitenden nicht bestrebt sind, ihre Arbeitsleistung auf jene Höhe zu bringen, die der Not der Zeit angemessen

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

123

wäre, wir sehen, daß vielfach die Arbeitsstätte nicht als Stätte der Arbeit, sondern als Ort zur Betätigung sozialer und politischer Ideen benutzt wird. Hier muß eigene Einsicht, muß eben das, was wir von der ganzen Bevölkerung erwarten und erbitten, daß Bewußtsein, daß wir ohne ernste Arbeit, ohne vorbereitende Maßnahmen uns überhaupt nicht werden halten können, Abhilfe schaffen.

Noch ein zweites Moment und eine traurige Erscheinung hat uns die Kriegszeit hinterlassen. Eine Schicht von Menschen, die im Kriege groß geworden, in die Übergangszeit hinübergangen sind, Blutsauger der Bevölkerung, die durch verbrecherisches Schiebertum die geraden Wege des Erwerbslebens gefährden. Gegen sie, hohes Haus, muß mit aller Strenge vorgegangen werden. (Zustimmung.) Meine Damen und Herren! Die Regierung hat es sich zur Aufgabe gestellt, die Bekämpfung des Buchertums, die Unterdrückung der Preistreiberei auf allen Gebieten des Erwerbslebens auf das energischste durchzuführen. (Beifall.) Sie wird sehr bald in der Lage sein, an das Haus mit konkreten Vorschlägen heranzutreten. (Bravo!) Sie ist der Überzeugung, daß damit wenigstens eines der wichtigsten Hindernisse zu einem allmählichen allgemeinen Preisabbau aus dem Wege geräumt wird.

Hohes Haus! Ich habe nun in kurzen Strichen die Richtlinien gezeichnet, auf den wir aus eigenen Kräften das Ziel einer Sanierung unserer staatsfinanziellen Lage verfolgen können. Es ist gewiß, daß unsere Kräfte allein nicht ausreichen. Es ist dies eine Folge des Friedensvertrages, der unserem Wirtschaftskörper so furchtbare Wunden zugefügt hat. Wir bedürfen der Hilfe von außen, und zwar einer Hilfe durch Gewährung von Krediten, die es uns ermöglichen, auf eine gewisse Reihe von Jahren die Balance in unserem Budget herzustellen und, soweit es durch inländische Produktion nicht möglich sein wird, uns auch Nahrungsmittel und Rohstoffe aus dem Auslande zu beschaffen. Diese Kredite müssen langfristige sein und sie müssen groß sein; langfristig deshalb, weil wir eine ruhige Entwicklung unserer Volkswirtschaft brauchen; sie müssen groß sein nach Maßgabe unserer Schwäche. Wie Sie wissen, ist in den letzten Tagen der Reparationskommission der Bericht ihrer österreichischen Sektion vorgelegen, der die Gründe darlegt, warum Österreich ohne auswärtige Hilfe unmöglich als selbständiges Staatsgebilde existieren kann. Die Großmächte werden über diesen Bericht entscheiden; sie werden darüber zu entscheiden haben, ob sie uns mit großen Krediten, mit Kräften ausstatten, damit wir als selbständiges Gebilde existieren können, oder ob wir den andern Weg, nämlich den Anschluß an einen großen Wirtschaftskörper, suchen müssen. Wie die Entscheidung aber auch ausfallen möge, die eine wie die andere enthebt uns nicht

der Pflicht, zunächst, soweit es in unseren Kräften liegt, alles vorzufehren, was der Wiederherstellung der Ordnung in unserem Staatshaushalte und der Gesundung unseres Wirtschaftslebens dienlich ist. Wir müssen davor warnen, alles Heil nur von dem Plane der Reparationskommission zu erwarten. (Rufe: Sehr richtig!) Denn, wenn auch der Plan gelingt, so werden wir die künftige Gesundung unserer Finanzen zwar in bestimmten Umrissen vor uns sehen, aber selbst in diesem günstigen Falle wird es ohne außerordentliche Anspannung unserer eigenen Kräfte nicht abgehen. Wir müssen auch in diesem Falle mit Sparsamkeit und Einschränkungen auf allen Gebieten der Verwaltung des öffentlichen Lebens rechnen; wir müssen selbst alle Mittel und Kräfte aufbieten, um unsere Währung wieder herzustellen, unseren Schuldendienst fortzuführen und die Lasten, die uns der Friedensvertrag aufgebürdet hat, zu tragen; wir müssen uns aber um so mehr für den Fall einrichten, daß der Plan der Reparationskommission nur zum Teile verwirklicht wird und uns die Kredite vielleicht nur in einem beschränkteren Umfange zur Verfügung gestellt werden. Aber auch dann dürfen wir nicht verzweifeln, dann wird es eben gelten, ruhige Nerven zu bewahren. Die Reparationskommission und die Mächte, die uns ihre Hilfe leisten werden, werden ihre Leistungen ohnedies an die Bedingung knüpfen, daß wir ihnen einen Sanierungsplan vorlegen, von dessen pünktlicher Einhaltung sie ihre Leistungen abhängig machen werden. Wir kennen diesen Sanierungsplan nicht, aber es ist selbstverständlich, daß der Abbau unseres Verwaltungssapparates, die Beschränkung aller Ausgaben ein Hauptpunkt dieses Programmes sein wird. Um so notwendiger aber, um so würdiger für uns ist es, daß wir alle diese Vorbereitungen eben jetzt schon treffen und es nicht darauf ankommen lassen, daß wir später unter dem Drucke der Not und unter dem Diktat der Großmächte bestimmte, konkrete Ersparungsmaßnahmen durchzuführen müssen.

Hohes Haus! Österreich hat in den zwei Jahren seines Bestandes so viele Beweise seines Ernstes und seines Pflichtbewußtseins geliefert: Wir haben unseren Schuldendienst unter den größten Opfern aufrecht erhalten, wir haben den sozialen Frieden bewahrt, unsere Industrie ist wenigstens im Gang, wir haben Einleitungen getroffen, daß auch die Leistungsfähigkeit der Landwirtschaft gesteigert und auf die frühere Höhe gehoben werde. Auch diese Regierung will dieselben Wege gehen, sie braucht aber dazu die Unterstützung der ganzen Bevölkerung. Alles muß in dem Gedanken einig sein, hohes Haus, daß sich niemand den Entbehrungen und den Einschränkungen entziehen darf, ohne die unser schwer geprüftes Land die nächsten Jahre eben nicht überdauern kann. Je einmütiger aber sich alles

Geld zu Hause aufzustapeln, trotzdem sie es für die Führung ihrer Geschäfte, für die Befriedung ihrer laufenden Ausgaben nicht brauchen, und von Erfolgen der Werbetätigkeit für die Schatzscheine auf diesem Gebiete war bisher herzlich wenig zu sehen und zu spüren. Wir kennen ja draußen auch bei läufig die Art, wie die Menschen ihre Anteilnahme an den Möglichkeiten, die der Staat ihnen in finanzieller Hinsicht bietet, zum Ausdruck bringen, aber daß gerade die Kreise — und ich kann nicht verschweigen, es sind vor allem bürgerliche Kreise — die ziemlich viel Banknoten aufhäufen, ohne sie unmittelbar zu brauchen, von der Möglichkeit, sich in den Schatzscheinen eine entsprechende Form verzinslicher Anlage dieses Geldes zu schaffen, übermäßigen Gebrauch machen, davon wissen wir nichts. Aber ich glaube, daß es auch andere Stellen gibt, denen, auch wenn sie nicht von vornherein dazu bereit sind, doch mit etwas kräftigeren Mitteln als mit dem Mittel der Anpreisung der Vorteile dieser Schatzscheine eine gewisse Vorliebe dafür beigebracht werden könnte — das sind alle jene Kapitalistenkreise, die in anderer Form Geld anlegen und daneben angelegt lassen. Der Herr Bundesminister für Finanzen hat heute einen Grundsatz aufgestellt — ich glaube, ihn wenigstens aus seinen Ausführungen entnommen zu haben — das ist die Ablehnung aller Zwangsmassnahmen in bezug auf die finanzielle Sanierung. Für Zwangsmassnahmen hat er keine besondere Vorliebe, im Gegenteil, er lehnt sie ziemlich energisch ab. Das tut er heute, an demselben Tage, an dem im Deutschen Reich ernstlich über die Frage einer Zwangsanleihe verhandelt wird, und wenn wir auch zugeben müssen, daß das Deutsche Reich nicht gerade das Beispiel des heute kapitalstärksten und in finanzieller Hinsicht am wenigsten erschütterten Staates ist — wenn es das wäre, so hätte es solche Erörterungen nicht notwendig —, so ist doch immerhin kein Zweifel, daß das Deutsche Reich finanziell noch immer besser dasteht als wir, daß der Marktkurs noch immer besser aussicht als der Kronenkurs. Trotzdem wird dort vom Finanzminister nicht etwa erklärt: Zwangsmassnahmen lehne ich ab!, sondern es wird dort sehr ernstlich die Frage der Zwangsanleihe erwogen und es wird durchaus nicht die Frage der Anlage überflüssiger Banknoten in Staatspapieren in Formen, die der Staat bestimmt, als etwas betrachtet, was mit Rücksicht auf gewisse äußere Schönheiten dieser Schuldtitle, zu denen, wie ich schon angeführt habe, die gar nicht sympathische der raschen Eskomptierbarkeit bei der Bank gehört, empfohlen werden kann. Es wäre deshalb sehr wünschenswert, wenn wir einmal verlässlich darüber informiert werden könnten, wieviel Schatzscheine augenblicklich in sozusagen festen Händen sind, welchen Gebrauch

die Banken vor allem von dieser Einrichtung machen, um Gelder, die eine dauernde Anlage brauchen, auch in Schatzscheinen anzulegen. Ich gebe zu, daß die Schatzscheine von vornherein nicht als solches Mittel gedacht sind, aber es ist gar kein Anlaß, sie dafür nicht zu verwenden. Ich erinnere mich, daß man kündbare Schatzscheine wohl dazu ausgegeben hat, um eine rasch begehbar Form der inneren Anleihe zu finden, aber auch die Vorteile der inneren Anleihe, der dauernden Anlegung in diesen Papieren zu ermöglichen. Ich glaube, daß auf diesem Wege doch mehr Möglichkeiten liegen, als sie uns bisher vorgeführt wurden, und ich muß schon sagen, die Aktion im Interesse der Staatszschatzscheine könnte mit etwas mehr Nachdruck geführt werden. Sie könnte schon verbunden werden mit einer Ankündigung gewisser Dinge, die kommen müßten, wenn von dieser sehr bequemen Form nicht Gebrauch gemacht wird. (Zustimmung.) In der Situation sind wir nicht — wenigstens glauben wir Sozialdemokraten, daß wir nicht in der Situation sind —, daß der Bundesminister für Finanzen es verantworten kann, zu erklären: Zwangsmassnahmen lehne ich ab! Wir glauben im Gegenteil, er kann sehr bald in die Lage kommen, Zwangsmassnahmen zu treffen, und wenn Konsequenzen eintreten, die er am Schlusse seiner Ausführungen als möglich hingestellt hat, dann wird es uns nicht gelingen, uns vorzunehmen, den Kopf oben zu halten — ich glaube, dieses Mittel hat er uns empfohlen —, sondern dann wird, wenn es nicht zu spät ist, wenigstens unmittelbar vorher zu sehr energischen Zwangsmassnahmen gegriffen werden müssen. Denen, die es angeht, darf man und kann man heute nicht etwa beruhigende Pillen eingeben, sondern man muß ihnen den Ernst der Situation nicht nur mit Worten, sondern zumindest mit der Ankündigung positiver Maßnahmen vor Augen führen. Ich kann nur wiederholen, was man sich im Deutschen Reich zu tun getraut; dazu müssen wir schließlich auch den Mut finden.

Nun besteht ja kein Streit darüber, daß schließlich und endlich die Ausgaben des Staates bestritten werden müssen und daß sie für den Augenblick, wenn wir hören, daß die Gehalte für den nächsten Monat damit bezahlt werden sollen, im Wege einer Vermehrung der Banknoten bezahlt werden müssen. Aber deswegen möchten auch wir uns durchaus nicht der Anerkennung der Richtigkeit dessen verschließen, was über die forschreitenden Folgen der Noteninflation gesagt wurde. Wir kennen diese Folgen schon lange. Aber wenn trotzdem neuerdings auf die hingewiesen wird und wenn auch wir das Bedürfnis haben, das zu tun, so geschieht es deshalb, weil diese Folgen immer verhängnisvoller werden, weil sie allmählich auf Gebiete übergreifen, die so ziemlich das Letzte sind, was noch

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

127

geblieben ist. Ich möchte speziell ein Gebiet hervorheben, an dem uns besonders viel gelegen ist, und das ist das Gebiet aller kulturellen Bemühungen. Ich weiß mich vollständig fern von dem heuchlerischen Vorgehen, von dem Vergießen jener Krokodilstränen, die gerade die Blätter derjenigen, die am meisten an diesen Dingen schuld sind, darüber vergießen, daß die Opernkarten teurer werden, aber wir sind tatsächlich so weit gekommen, daß heute kein Mensch mehr ein Buch kaufen kann. Wir sind so weit gekommen, daß die einfachste Bildungsarbeit in den breiten Massen der Bevölkerung unmöglich geworden ist, weil es unmöglich ist, eine belehrende Schrift zu drucken und zu verbreiten. Wir sind unfähig, irgendeine Volksbibliothek, irgendetwas, was der geistigen Erhebung dient, zu ergänzen, zu erhalten. Das sind Zustände, die allmählich zu immer entsetzlicheren Folgen führen müssen, und es mutet einen direkt tragisch an, wenn wir am Vormittag über die zunehmende Kriminalität, über die Verschärfung der Strafgesetze beraten und am Nachmittag sehen, daß wir durch Dinge, die gewiß aus Gründen stammen, die zu beseitigen wir allein nicht imstande sind, die aber durch Gründe verstärkt werden, die beseitigt werden können, immer mehr dazu beitragen, jene Zustände herbeizuführen, gegen die wir schließlich keine anderen Mittel aufbringen können als Strafgesetze, als Einsperren und Wiedereinsperren.

Diese Seite allein würde genügen, um doch daran zu denken, Zwangsmassnahmen sehr ernst ins Auge zu fassen. Ich meine schon, wenn wir sehen, daß die Noteninflation immer mehr zur Verelendung, immer mehr zum Verfall unserer Kultur und unserer Moral führt, so werden wir uns eher entschließen, dem Zwang anzutun, der die Mittel hat und sie dem Staate weigert, als schließlich dem Zwang anzutun und den einzusperren und mit allen Zwangsmitteln und allen Strafmitteln des Staates zu verfolgen, der durch die Weigerung, durch das Versagen der Hilfe seitens der Besitzenden, seitens der zur Hilfe Fähigen schuldig geworden ist.

Das sind nun, hohes Haus, gewiß Mittel, die eine kleine Besserung wenigstens der Finanzsituation der Notenpresse bringen können. Aber der große Gegensatz zwischen Ausgaben und Einnahmen wird dadurch nicht beseitigt und er ist die eigentliche Quelle dieser Gesetzesvorlage. Wir haben aus dem Munde des Herrn Bundesministers für Finanzen vernommen, daß sich — und das wissen wir ja alle — heute ein Haushalt in seinen Ausgaben nicht voraus berechnen läßt, daß er mit allen Kreditermächtigungen, die ihm auf Grund der alten Präliminarien gegeben wurden, doch wieder vor uns steht und mit Rücksicht auf die vollständige Änderung der Verhältnisse neuerdings 3,6 Milliarden braucht. Wir glauben, in einem solchen Augenblick, namentlich nach dem, was uns

vorher gesagt wurde, doch auch verpflichtet zu sein, zu der Frage der Möglichkeit des Abbaues der Ausgaben und der Steigerung der Einnahmen etwas zu sagen. Der Herr Bundesminister für Finanzen — seine heutige Rede war ja gewiß eine Budgetrede, aber nicht minder eine Rede, mit der er diese Kreditermächtigung und die in Aussicht gestellte begründet hat — hat uns erklärt, die Steuern, die Einnahmstmöglichkeiten des Staates sind so in Anspruch genommen, daß man sie bis auf zwei kleine Ausnahmen, die er gemacht hat, nicht weiter in Anspruch nehmen könne. Ich möchte an den Herrn Bundesminister doch die direkte Frage richten, ob er damit jene Vermögenssteuern, die im alten Hause eingebracht und nicht erledigt wurden, als erledigt betrachtet, ob sie damit in den Brunnen gefallen sind, ob die Einführung einer Vermögenssteuer und vor allem einer Vermögenszuwachssteuer zu den begrabenen Projekten der Finanzverwaltung gehört, oder ob die Mitteilung, daß die Steuermöglichkeiten erschöpft seien, sich auf die Steuern bezieht, die bisher nicht in Diskussion gestanden sind.

Ich erinnere mich, ohne meritorisch zu dieser Steuerstellung nehmend zu wollen, daß der Amtsvorgänger des Herrn Bundesministers auch eine Umsatzsteuer als nützlich bezeichnet hat. Ich weiß, daß diese Umsatzsteuer im Auslande vielfach ziemlich reibungslos gehandhabt wird. Wir haben für diese Umsatzsteuer sehr wenig Sympathien, soweit sie sich nicht auf gewisse Dinge beschränkt, die eine kräftige Besteuerung vertragen. Aber immerhin, es handelt sich hier um eine ganze Reihe von Steuerprojekten, die vom ehemaligen Staatsamt für Finanzen als notwendig und geboten bezeichnet wurden, und die jedenfalls, wenn die grundsätzliche Erklärung des Herrn Bundesministers aufrecht bleibt, als begraben gelten. Ich möchte von vornherein im Namen meiner Partei erklären, daß wir bei der Vermögenssteuer und der Vermögenszuwachssteuer eine solche Erklärung durchaus nicht zur Kenntnis zu nehmen bereit, sondern der Überzeugung sind, daß hier Zusagen vorliegen, die einzulösen sind. (Sehr richtig!) Ich verstehe eine solche Erklärung — ich nehme an, daß sie so aufzufassen ist, wie ich sie aufgefaßt habe — dann um so weniger, wenn uns gleichzeitig gesagt wird, daß die Entwicklungsmöglichkeit der indirekten Steuern bereits über jene Grenze hinaus sei, die ihnen durch die vorhandenen Warenmengen selbst gezogen ist. Wir haben diese Auffassung immer vertreten. Aber um so notwendiger ist es, bei den direkten Steuern Ernst zu machen. Wir sind der Meinung, daß namentlich der Vermögenszuwachs eine besondere Besteuerung schon verträgt, und die letzte Vorlage, die wir hatten, hat die Grenzen, in der der Vermögenszuwachs eine Besteuerung verträgt, durchaus

nicht überschritten. Diesen Vorbehalt zu machen halte ich mich, wie gesagt, verpflichtet, damit man ja nicht aus dem Schweigen auch nur die geringste Zustimmung ableiten kann.

Im übrigen aber möchte ich mir doch die Frage aufzuwerfen erlauben, ob die Finanzverwaltung wirklich in die schwierige Lage, in der sie sich heute befindet, hätte kommen müssen, wenn sie von den Möglichkeiten, die ihr die Steuergesetzgebung der abgelaufenen Regierung geboten hat, Gebrauch gemacht hätte. Ich möchte da vor allem auf die nach unserer Auffassung wenigstens absolut unerträgliche Art hinweisen, in der mit der Vorbereitung und Einhebung der Vermögensabgabe vorgegangen wird. Der Herr Bundesminister hat uns gesagt, der Banknotenrücklauf werde durch die Vorauszahlungen auf die Vermögensabgabe einen nennenswerten Umfang erfahren. Ich möchte nun umgekehrt mir die Frage erlauben, wann denn eigentlich — außer wir novellieren das Gesetz, und gegen eine solche Zumutung würden wir uns sehr energisch verwahren — wann denn eigentlich diese Vorauszahlungen erwartet werden, wenn das Tempo, in dem das Finanzamt die Eintreibung der Vermögensabgabe vornimmt, so bleibt, wie es jetzt ist. Die Vorauszahlungen sind mit dem 28. Februar 1921 befristet. Was später kommt, ist keine Vorauszahlung und gerade die Behandlung dieser Vorauszahlungen — ich darf das wohl sagen — ist eine Schicksalsfrage der Vermögensabgabe und entscheidend für den Ernst, mit dem die Vermögensabgabe überhaupt behandelt wird. Der Finanzausschuss hat nach den Berichten, die über seine Verhandlungen zu vernehmen waren, und nicht nur er, auch das Haus hat auf diese Vorauszahlungen ganz besonderes Gewicht gelegt, und jeder Mensch, der ein Gesetz zu lesen versteht und dieses Gesetz zur Hand nimmt, wird, wenn er die Bestimmungen über die Vorauszahlungen durchliest, zur Überzeugung kommen müssen, hier ist der Hund begraben, das ist das, woran der Finanzverwaltung und vor allem der Finanzwirtschaft des Staates selbst am meisten gelegen war; denn hier wird ein ganzes System von Vorteilen errichtet, die dem zufallen, der die Vorauszahlungen leistet.

Nun brauchen wir, damit die Vorauszahlungen geleistet werden, eigentlich sehr wenig: nichts anderes als eine Gebrauchsanweisung für die Leistung von Vorauszahlungen, eine Vollzugsanweisung; ich gebe zu, daß ich das vielleicht nicht so gut verstehe wie die Herren im Finanzamt, aber mit meinem, vielleicht etwas beschränkteren Verstand stelle ich mir das so vor, daß dazu eine ganz kurze, allgemein verständliche Vollzugsanweisung notwendig ist, die Anweisung an die Stellen, die die Vermögensabgabe einzuhoben haben, das Geld und die anderen Zahlungsmittel, die gebracht werden, zu quittieren.

Die Finanzverwaltung scheint, wenigstens hat jeder Außenstehende diesen Eindruck, durch die etwas harte Kritik, die an den ersten Vollzugsanweisungen zur Vorbereitung der Vermögensabgabe geübt wurde, etwas nervös, etwas ängstlich geworden zu sein und ihren Ehrgeiz darin zu sehen, technisch vollendete Vollzugsanweisungen herauszugeben. Nun wird sie aber die Zufriedenheit der Kritiker — und die Kritiker leben ja alle in einem Lager —, die Zufriedenheit dieser Kritiker nie durch technische Vollendung, sondern immer nur durch den meritischen Inhalt der Vollzugsanweisung erreichen, und ich gebe zu, die letzten Vollzugsanweisungen waren so geartet, daß sie in allen Börsenteilen unserer bürgerlichen Blätter gelobt werden konnten; sie haben niemanden etwas zuleide getan, mit dieser Technik waren sie einverstanden. Wir würden umgekehrt dem Finanzamt sehr viele technische Unzulänglichkeiten und manche stilistische Härte in den Vollzugsanweisungen verzeihen, wenn es sich entschließen wollte, das Meritum der Vollzugsanweisungen entsprechend einzurichten.

Es ist seinerzeit versprochen worden, die entscheidende Vollzugsanweisung, die den Beginn der Zahlungen ermöglicht — und darauf kommt es an —, wird spätestens im November erscheinen. Der November ist vorübergegangen, wir sind im Dezember und ich wiederhole es: die Arbeiterschaft draußen ist so nervös geworden, daß wir befürchten müssen, sie wird sich sehr energisch dieser Dinge erinnern.

Der Herr Bundesminister hatte in einem anderen Zusammenhange — und ich hatte die Absicht, auch in einem anderen Zusammenhange darauf zurückzukommen — es beanstandet, daß in den Betriebsstätten soziale und politische Probleme mit erörtert werden und nicht nur gearbeitet wird. Nun, abgesehen von der allgemeinen Auffassung, die dieser Beobachtung zugrunde liegt, glaube ich, wird der Herr Bundesminister für Finanzen am besten dazu beitragen, die Erörterung solcher Probleme den Arbeiterkreisen zu ersparen, wenn das Finanzamt von vornherein das tut, was, wie jedes Kind weiß, der übereinstimmende Wille nicht nur aller Arbeiter, sondern aller anständigen Menschen in diesem Staate ist: die Vermögensabgabe endlich einzutreiben und endlich die Periode zu beenden, in der alle Leute, die nicht zahlen wollen, Gelegenheit bekommen, ihr Vermögen zu verschleppen, zu verheimlichen, zu verborgen und den Staat um das, was ihm gebührt, zu betrügen.

Ich muß schon sagen, wenn man die letzten Vollzugsanweisungen liest, so sind diese so, wie die ersten waren. Es sind Warnungen an den Kapitalisten, eine Ermunterung zur Eile. Es wird ihm immer wieder eine neue Station ausgerufen, es

wird ihm immer wieder diese Warnung zugerufen: Jetzt beeile dich mit der Verschleppung und dem Durchgehen, denn sonst kann es doch ernst werden!

Diese Art der Vorbereitung einer solchen Maßnahme ist natürgemäß geeignet, draufen den Eindruck zu erwecken, daß sie die Vermögensabgabe, wenn nicht direkt verhindern, so doch den Wünschen anpassen will, die wir ja kennen und die nicht etwa von uns, sondern von Seiten der heutigen Regierungspartei bei der Beratung der Vermögensabgabe sehr richtig charakterisiert wurden. Ich kann mich noch genau an die einleitenden Worte des damaligen Berichterstatters, des heutigen Herrn Präsidenten, erinnern und ich würde nur wünschen, daß das Finanzamt sich bei der Vorbereitung und der Durchführung der Vermögensabgabe diese Warnung, die damals an das Haus gerichtet und vom Hause befolgt wurde, zur Richtschnur dienen lassen wollte.

Das geht natürlich nicht, daß man bei Arbeitern in der rücksichtslosesten Weise Steuern einzieht, daß man in der rücksichtslosesten Weise unverhältnismäßige Lohnabzüge für sehr bedeutende Beträge auf wenige Monate verteilt und gleichzeitig keine Miene macht, eine so lange fällige Abgabe ernstlich einzuhaben. Das führt natürlich zu jenen Erörterungen sozialer und politischer Probleme in den Arbeitsstätten, vor denen uns der Herr Bundesminister gewarnt hat. Der Arbeiter, dem ein Lohnzettel präsentiert wird, auf dem ihm für eine Woche ein Drittel des ganzen Lohnes für einen Einkommenssteuerrückstand abgezogen wird — und solche Fälle sind vorgekommen; ich habe vor kurzem selbst in Kapfenberg einen Streik verhindern müssen, der auszubrechen drohte, weil eine solche Form der Eintreibung von Rückständen beobachtet wurde —, ein solcher Arbeiter wird eben damit zur Erörterung der politischen und sozialen Probleme aufgefordert, warum ihm ein Drittel seines armseligen Lohnes weggenommen und dem anderen ermöglicht wird, drei Viertel ungefährdet ins Ausland zu verschleppen, und zwar nicht von einem armseligen Lohn, sondern von zusammengestohlenen und erschwindelten Millionen. (Lebhafte Beifall.)

Wir bitten daher und fordern, daß das Bundesministerium für Finanzen in den nächsten Tagen daran geht, diese Vorauszahlungen einzutreiben. Diese Vorauszahlungen müssen, wenn man ernstlich daran geht, eine sehr bedeutende Summe ausmachen, und es wird von dem Ernst, mit dem man die Vermögensabgabe durchführt, abhängen, ob ihr Extrakt so gering bleibt, wie ihn das Finanzamt einschätzt, oder ob er sich nicht erheblich vermehrt hat. Denn es ist ja gar kein Zweifel, die Präliminarien auch für die Vermögensabgabe müssen eine sehr erhebliche Korrektur durch die vollständige Veränderung unserer Geldverhältnisse und durch die

vollständige Veränderung, die infolgedessen in den Vermögensverhältnissen eingetreten ist, erfahren. Aber weil ich gerade von den unerträglichen Verhältnissen, die bei der Eintreibung von Steuerrückständen von den Arbeitern eingetreten sind, spreche, möchte ich nicht unerwähnt lassen, daß die Finanzverwaltung von den so naheliegenden Mitteln, die augenblickliche kritischste Situation durch Erhöhung der einschließenden Geldmengen zu verbessern, nicht ausreichenden Gebrauch macht. Damit, daß man die paar Schlosser bei Böhler mit Eintreibung von Steuerrückständen sektiert und ihnen statt zwölf Raten nur vier Raten bewilligt, damit wird nicht viel erreicht werden. Aber es gibt Steuerrückstände von einer ganz gigantischen Höhe und die Eintreibung dieser Rückstände wird vom Finanzausschusse und vom Hause, seitdem die Republik gegründet wurde, urgirt. Der Abschluß dieser Eintreibung ist zuerst für den Monat Mai, dann für den Monat August in Aussicht gestellt worden und ich möchte den Herrn Bundesminister doch fragen, wie viel davon die Finanzverwaltung bisher bewältigt hat. Er wird zur Überzeugung kommen und mir zugeben müssen, daß auf dem Gebie eigentlich herzlich wenig geschieht.

Ich gebe zu, daß durch die ganzen Bestimmungen, die da getroffen wurden, das Entstehen von Rückständen erleichtert wird, aber das sollte ein Auslaß sein, wenigstens mit der Vergangenheit energischer aufzuräumen, und wir wollen deshalb die Finanzverwaltung auch an die Pflicht erinnern, gerade in diesem Zeitpunkt dafür Sorge zu tragen, daß sich derartige immense Rückstände nicht aufhäufen. Wir verlangen das auch im Interesse unserer Gemeindeverwaltungen, die nicht verpflichtet sind, mit der Einhebung ihrer Umlagen solange zu warten, bis irgendein jahrelang zurückliegender Rückstand von einem Steuerträger eingehoben wird. Wir kommen dadurch fortwährend in die allerschwierigsten Situationen, können nie genug an Interventionen leisten, um diese Gemeinden über Wasser zu halten, und die Hauptschuld liegt schließlich und endlich an der Säumnigkeit, mit der die Eintreibung dieser Steuerrückstände erfolgt. Ich halte es auch für durchaus möglich, namentlich wenn unser Beamtenapparat so groß ist als er hier geschildert wurde, daß die Erledigung von Rechtsmitteln im Veranlagungsverfahren in einem etwas besseren Tempo vor sich geht, als das jetzt der Fall ist. Wenn die Erledigung eines Steuerrefurses ein paar Jahre braucht, dann ist natürgemäß nicht zu vermeiden, daß sich ein Rückstand auf den andern türmt und daß dann schließlich und endlich, wenn es zur Eintreibung kommt, gar nicht mehr so viel da ist, als man von dem Betreffenden verlangt, und daß vor allem die Finanzverwaltung, die auf gute Kronen Anspruch hatte, die Krone in einem

Zeitpunkt bekommt, in dem sie den Bruchteil des Wertes hat, der ihr damals gebührt hat.

Nun, ich möchte mich, um die Frage der Einnahmensteigerung zu erledigen, vorwiegend darauf beschränken — und nur dazu gibt ja die heutige Vorlage Anlaß —, diese Mahnungen zur kräftigeren Ausnutzung der vorhandenen Besteuerungsmöglichkeiten zu gebrauchen. Wir sind durchaus einverstanden mit dem Plane, der uns angekündigt wurde, und wir wünschen nur, daß er rasch erfüllt werde; mit dem Plane der Ausdehnung der staatlichen Wirtschaft auf Gebiete, die ihr bisher nicht vollständig unterzogen waren. Nur würden wir dem Herrn Bundesminister sehr empfehlen, sein Augenmerk nicht nur auf Geschäfte, die für längere Zeit wahrscheinlich reine Passivgeschäfte sein werden, sondern doch auch ein bisschen auf Aktivgeschäfte zu lenken. Ich muß schon sagen, daß mich die Ausführungen des Herrn Bundesministers gerade über diesen Punkt ganz eigentümlich berührt haben. Wir haben aus dem Munde des Herrn Bundeskanzlers bei seiner Regierungserklärung die Ankündigung gehört, daß alle Schranken, die die staatliche Bewirtschaftung noch zieht, fallen werden, und wir haben heute aus dem Munde des Herrn Bundesministers, der allerdings zur Linken des Herrn Bundeskanzlers steht (*Heiterkeit*), gehört, daß die staatliche Bewirtschaftung sehr notwendig ist. Die Argumente, die er für Petroleum, die er für Zucker, die er für Spiritus angeführt hat, gelten für alle Bedarfsartikel. Es sind ganz dieselben Argumente, mit denen seit jeher die Verfechter der staatlichen Ingerenz auf die Wirtschaft ihren Standpunkt vertreten haben, und ich begreife sehr wohl, daß der Herr Bundesminister für Finanzen einen solchen Standpunkt einnimmt. Ich begreife, daß ihm vor der Möglichkeit graut, daß die Bevölkerung, die infolge der Unzulänglichkeit der eigenen Produktion vom Staate das Brot bekommen muß, auch noch auf anderen Gebieten durch die Konkurrenz der kapitalsstärkeren Einkäufer vom Mitbezug ausgeschlossen und gezwungen ist, sich an die Taschen des Staates zu halten. Aber bei dieser Erkenntnis darf man eben nicht für Zucker, Spiritus und Petroleum bleiben, für Gebiete, auf denen offenbar die Kapitalisten sich augenscheinlich um den Wettbewerb mit dem Staate nicht besonders reißen; da wird zweifellos im Schleichhandel mit dem, was der Staat hereinbringt und ihm auf unredliche Weise genommen wird, mehr erzielt als bei der ehrlichen Konkurrenz mit dem Staate. Man soll sich nicht darauf beschränken, sondern diese Grundsätze eben auf alles ausdehnen, was man notwendig braucht, und wir werden nicht unterlassen, zu gegebener Zeit die hohe Regierung an dieses Lob der Zentralbewirtschaftung durch den Herrn Bundesminister für Finanzen zu erinnern, sie beim Worte

zu nehmen und wir fassen das, was uns heute der Herr Bundesminister gesagt hat — es war die spätere Erklärung —, als ein Zeichen der besseren Erkenntnis auf; wir nehmen an, daß die paar Tage, die seit der Erklärung des Herrn Bundeskanzlers vergangen sind, die hohe Regierung darüber belehrt haben, daß es mit den Segnungen des freien Handels doch nicht so weit her ist und daß sie zu der besseren Erkenntnis geführt haben, wie sie heute aus dem Munde des Herrn Bundesministers für Finanzen zu uns gesprochen hat. Wir sind, wie gesagt, mit dieser besseren Erkenntnis ganz einverstanden, wir wünschen nur, daß es dabei allein nicht bleiben möge. (Beifall.)

Auch über die Beschränkung der Ausgaben muß ich mir gestatten, noch ein paar Worte zu sagen. Der Herr Bundesminister hat sie uns als eine der grundlegendsten Voraussetzungen der Besserung unserer finanziellen Verhältnisse zur Pflicht gemacht. Das ist wohl eine gute Absicht, die ja immer geäußert wurde, und eine Budgetrede, in der das nicht vorkommt, wäre kaum denkbar. Ich möchte sogar noch weiter gehen. Ich habe, wie uns der Herr Bundesminister erklärt hat, eine Ausgabe ohne gleichzeitige Bedeckung dieser Ausgabe sei absolut ausgeschlossen, daran gedacht, diesen Grundsatz zum Gegenstand einer ernsten Kritik zu machen. Ich bin aber davon abgekommen, weil das ja zu den Klischees gehört, die uns bei der Vorlage eines Budgets vorgesetzt werden, und trotz dem Nachdruck, mit dem es der Herr Bundesminister behauptet hat, möchte ich es doch nicht allzu ernst nehmen, sondern mit der Kritik bis zum ersten Sündenfall warten. Ich wünsche, daß er nicht kommt, niemand wünscht es, aber ich fürchte, er wird sehr bald kommen. Denn, wie der Herr Bundesminister für Finanzen dieses Wunder vollbringen will, wenn er unsere Einnahmen überhaupt nicht für erhöhbar hält, wenn er erklärt, neue Steuermöglichkeiten gibt es nicht, zwingende Ausgaben zu bedenken und alle Bewilligungen an die vorherige Bedeckung zu knüpfen — das ist eine Frage, auf die wir eine Antwort nicht bekommen haben, und wir werden, wie gesagt, mit der Stellung dieser Frage warten, bis sie aktuell wird. Ich fürchte, wir werden da nicht lange warten müssen. Aber der Herr Bundesminister für Finanzen hat uns ja das Mittel gegeben, das es verhindern soll, daß recht bald solche Kreditermächtigungen wieder an uns herantreten, und das ist die Sparsamkeit, jene Sparsamkeit, die ja in so vielen Leitartikeln und von so vielen guten Freunden als dasjenige Mittel gepriesen wird, das uns allein zu retten vermag.

Es wäre an der Zeit, daß endlich — und das gilt für alle, die diese Sparsamkeit empfehlen — die Hüter des Geheimnisses eben aus diesem Geheimnis keines mehr machen und uns sagen würden,

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

131

wo diese Sparsamkeit eigentlich ihren Anfang nehmen soll. Es ist ja so schön, immer wieder die Sparsamkeit als die beste Tugend zu preisen, und jeder kennt ja — die Analogie zum heutigen Haushalt erstreckt sich auch darauf — diese Szene am Ende der Woche, wenn die Hausfrau fertig ist, und diesen guten Vorsatz: in der nächsten Woche fangen wir zum Sparen an, und da wird dann beim Brot begonnen und bei den Schuhen aufgehört. Es wird alles, was man braucht, durchgegangen und es zeigt sich, daß sich nichts ersparen läßt, und so ist uns auch der Herr Bundesminister die Antwort auf die Frage schuldig geblieben, wo eigentlich diese großen Ersparnisse gemacht werden können. Er hat uns in seiner Einleitung gesagt: Die bisherigen Ausgaben, die von den Regierungen vor der jetzigen Regierung gemacht wurden, waren notwendige Ausgaben und ich habe wenigstens diese allgemeine Kritik der früheren Ausgaben gehört. Er hat uns gesagt, wenn das bei einigen Ausgaben bestritten würde, so kann man ja doch nachweisen, daß dadurch andere Schwierigkeiten erspart würden. Aber im allgemeinen hat er die früheren Ausgaben vertreten und ich gebe zu, er hat sich damit von den in der Regierung neben ihm sitzenden Parteigehörigen entfernt, die es im Wahlkampfe gewissermaßen als ein Charakteristikum der von den Sozialdemokraten mitbeschickten Regierung bezeichnet haben, nicht sparsam zu sein, und unnötige Ausgaben zu machen.

Nun haben wir auch früher immer gefragt: Wo sind diese unnötigen Ausgaben? Und der Herr Bundesminister für Finanzen hat uns heute nach dieser Einleitung doch wieder Sparsamkeit angekündigt, er hat uns diese unnötigen Ausgaben und die Zweige, in denen er sparen will, zu bezeichnen nicht vermocht. Er hat uns wieder von dem Abbau der Beamten, von der Verringerung des Personalaufwandes und von der Verbesserung der Verwaltung, von der Verwaltungsreform erzählt. Es wäre doch endlich an der Zeit, daß man sich wenigstens von Seiten der hohen Regierung entschließen würde, dieses ganz und gar unwahre Schlagwort von einer ersten Möglichkeit von Ersparnissen im Personalaufwand aufzugeben, es zu konkretisieren und zu sagen, wo und im welchem Zweige man sparen will. Es geht doch nicht an, daß man die ganze Beamtenschaft immer wieder beunruhigt, in jedem einzelnen Beamten die Sorge wachruft, daß etwa bei ihm der Abbau beginnen soll, und daß man endlich den Mut finde, mit dem Finger auf das zu zeigen, was wirklich des Abbaues würdig ist. (Beifall.) Diese allgemeinen Redensarten sind vielleicht im Munde irgendeines Wahlredners erträglich; wir haben das in den Wahlen so oft vorgesetzt bekommen, daß wir dagegen schon ziemlich abgestumpft wurden. Man

denkt sich eben, der Betreffende hat das im christlichsozialen Wahlhandbuch auf Seite soundso viel gelesen, infolgedessen muß er es zum Besten geben. Aber der Herr Bundesminister für Finanzen schöpft doch, nehme ich an, seine Weisheit nicht aus dieser Literatur, er kennt die Verwaltung und soll diejenigen Stellen uns zu nennen sich trauen, bei denen er mit dem Abbau einsetzen will. (So ist es!) Wir sehen, wie alle Zweige der staatlichen Verwaltung zurückbleiben, wie überall der Geschäftsgang schleppender und schleppender wird, die Überhäufung mit Arbeiten immer größer und größer wird und wenn wir nach der Begründung fragen, so wird uns überall der Mangel an Personal als Begründung angegeben. Hier hören wir, es ist alles mit Personal überlastet, es ist zu viel Personal da.

Dieser Gegensatz in der Beurteilung der Quantität des vorhandenen Personals bedarf zunächst einer Aufklärung. Aber es ist auch nicht richtig, daß ernstliche finanzielle Ersparnisse durch den Abbau erzielt werden können. Es hat schon unser Freund Renner in seiner Rede zur Erklärung des Herrn Bundeskanzlers darauf hingewiesen, daß der Beamte, der abgebaut wird, wie der schöne Ausdruck lautet, ja doch wieder versorgt werden muß und daß die Gehalte der Beamten auf einem solchen Tieftande sind, daß die Versorgung, die ihnen an Stelle der aktiven Bezüge gegeben wird, nicht wesentlich geringer sein kann; es wird also höchstens die Arbeitskraft des Betreffenden der Verwaltung entzogen. Der Herr Bundesminister hat uns heute gesagt, man soll die Beamten in andere Stellungen hinüberführen und es klingt das sehr stark an die guten Ratschläge an, die uns die hohe Reparationskommission in dieser Richtung zu geben sich anschickt und die die Überführung der Beamten in sogenannte produktive Betriebe betreffen. Ich weiß nicht, auf welche Beamte der Herr Bundesminister seinen Rat erstreckt hat. Die privaten Betriebe werden, wenn er sie nicht zwingt, wenn er nicht an Gesetze denkt, die gewisse Betriebe zwingen, eine gewisse Zahl von Beamten aufzunehmen, niemanden unterbringen und Zwangsmaßnahmen lehnt er ja grundsätzlich ab. Ich kann mir einen solchen Abbau vielleicht im beschränkten Maße vorstellen, aber das lehnt er ja ab, vor Zwangsmaßnahmen gegen kapitalistische Unternehmungen graut ihm. Es bleibt also nur der freiwillige Übertritt und das hat zur Folge, daß die paar tüchtigen Beamten in den kapitalistischen Dienst treten, die minderwertigen übrigbleiben und an die Stelle eines tüchtigen Beamten ein paar andere gesetzt werden müssen, die zusammen nicht einmal das zu leisten imstande sind, was der eine getan hat, so daß die Verwaltung ärmer an Ideen, ärmer an Ratschheit, kurz schlechter wird. Wenn sich das aber auf Leute und auf den Übertritt zu

Franken 80 Kronen, warum eine jugoslawische Krone gestern in Agram $2\frac{1}{2}$ österreichische Kronen und in Wien, wenn ich nicht irre, 3'30 oder 3'60 österreichische Kronen gekostet hat. Warum das so anders ist? Warum derjenige, der im Auslande kauft, es mit Franken tut, die ihn 80 Kronen kosten, und warum der Ausländer, der bei uns im Inlande kauft, es mit Franken tun kann, die nur 50 Kronen kosten. Warum da eine Disparität besteht, die nicht bloß in den allgemeinen Gründen, die den Tiefstand der Krone herbeiführen, sondern sicher auch in ganz speziellen Gründen der Devisenpolitik, der Gebarung mit den Devisen ihren Grund hat. Das ist nicht bedeutungslos, das ist nicht eine Sache, die bloß Walutaschieber interessiert, sondern die auch das Schicksal der Arbeiter mitbestimmt.

Wir reden immer von der allmäßlichen Anpassung an die Weltmarktpreise, die gewissermaßen unser Schicksal sein soll. Hier haben sie einen Grund der eine Anpassung wohl der Lebensmittelpreise, aber niemals der Preise unserer Arbeitslöhne ermöglicht. Der Arbeiter, der sich bemüht, für seine Arbeit in irgendeiner Form, sei es mit, sei es ohne staatlichen Zuschuß, ein Entgelt zu bekommen, das in demselben Verhältnis zur Weltparität steht wie der Gegenwert, den er für die Lebensmittel zu leisten hat, leistet eine Sisyphusarbeit, denn durch diese Disparität wird verhindert, daß jemals dieser Ausgleich herbeigeführt werden kann, und es ist die Frage, ob da nicht eine unglückliche Devisenpolitik schuld ist.

Man kann sich eine vollständige Freiheit des Devisenverkehrs vorstellen, eine Freiheit des Verkehrs überhaupt, die natürlich die freie Arbitrage im Gefolge hat. Dann wird sich von selbst eine gewisse Ausgleichung herstellen. Es wird dort, wo die Krone teuer ist, dieselbe auf Plätze abströmen, wo sie billig ist und umgekehrt. Es wird sich eine solche Disparität absolut nicht behaupten können. Man kann also diese Disparität zweifellos durch eine vollständige Freigabe des Verkehrs mit Kronen und Devisen beseitigen.

Man kann auch etwas anderes tun. Wir sind ja der Meinung, wir können unserer Wirtschaft den freien Devisen- und Kronenverkehr nicht auflasten. Aber dann muß man eben zu einer energetischen staatlichen Zwangswirtschaft greifen. Der heutige Zustand aber belastet uns mit den Nachteilen beider Systeme. Zu einem muß man sich jedoch entschließen. Heute verhindern Sie die Entstehung eines Kronenmarktes im Auslande und dadurch ist die Krone im Auslande eigentlich außer Verkehr. Sie verbieten es, daß ein Ausländer bei uns gegen Kronen kauft. Sie verbieten es, daß die Krone ins Ausland gebracht wird. Sie verhindern selbst die im freien Verkehr notwendige Arbitrage. Aber Sie machen die Devisenspekulation im Inlande

frei und Sie rechnen es sich sogar in der französischen „Wiener Zeitung“ als einen besonderen Erfolg an, daß alle Ansprüche auf Devisen erfüllt werden können. Was ist dadurch erreicht? Daß die Devisen zum Gegenstande der allerniederträchtigsten Spekulation geworden sind, einer Spekulation, die ich, wenn ich nicht seinerzeit selbst Referent für die Aufhebung der Todesstrafe gewesen wäre, beigehe mit der Wiedereinführung der Todesstrafe beantworten würde. Wie wird denn diese Spekulation ausgeübt? Mit der allgemeinen Verurteilung der Existenz, die im Kriege reich geworden sind und mit der Ankündigung eines Preistreibereigesetzes wird diesen Dingen nicht begegnet.

Es klingt sonderbar, wenn man heute von einer Änderung der Preistreibereibestimmungen einen Erfolg erwartet. Wir haben im letzten Parlament gerade genug Vorlagen darüber gesehen und das Schicksal dieser und ähnlicher Vorlagen in allen anderen Staaten der Welt sollte vor den Spuren schrecken. Hier ist der Hebel anzusehen: Was geschieht aber nun? Wenn der Staat auch nur im vertraulichsten Kreise ankündigt, er werde in Jugoslawien einkaufen, er werde Dinars, er werde jugoslawische Kronen brauchen, so ist das für dieses ganze Gelichter ohne Ausnahme das Aviso, sich auf den Handel mit diesen Devisen zu stürzen, den Preis in die Höhe zu treiben und es wird dadurch der Zuschuß, den Sie zu den Lebensmitteln geben, durch diese Preistreibereien in einer Weise vergrößert, die gewiß nicht aus internationalen Gründen stammt, sondern deren Gründe wir im eigenen Hause zu suchen haben. Die Urheber dieser Dinge sind sicher nicht unter denen zu finden, die nach der neuen Preistreibereiverordnung vor das Gericht zitiert werden dürfen, sondern mancher davon wird, wenn er in das Finanzamt kommt, sehr höflich empfangen werden, mancher davon wird dort offene Türen finden und wird dort bei mancher Entschließung des Finanzamtes sogar ein gewichtiges Wort mitzusprechen haben. (Zustimmung.) Das sind Geschäfte, die heute von sehr vornehmen Instituten gemacht werden, und es ließen sich Bände darüber erzählen. Ich bin überzeugt, das hohe Finanzamt weiß davon ebensoviel wie jeder andere Mensch, der diesen Dingen mit offenen Augen folgt. Aber auch sonst ist es unerträglich, daß man die Krone vom Auslande aussperrt und gleichzeitig im Inlande einen für unsere Verhältnisse ganz und gar unsinnigen Devisenmarkt erzeugt. Naturgemäß stehen mir augenblicklich Daten über die Devisenumfänge nicht zur Verfügung, aber ich glaube nicht irre zu gehen, wenn ich behaupte, daß Wien heute der Devisenmarkt für Leute ist, die durchaus nicht für deutschösterreichische Zwecke Devisen brauchen, und daß wir mit unserer Devisenordnung den Boden geschaffen haben, auf dem auch fremde Schieber

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

135

und Lumpen sehr wohl gedeihen. Wir erzeugen gewissermaßen diese Möglichkeiten durch diese Zusammenspannung von Zwangswirtschaft und freier Wirtschaft und darüber nicht nur nachzudenken, sondern da energisch einzutreten, damit aufzuräumen und die Devisenwirtschaft in die Hand zu nehmen, das ist eine Pflicht, der man sich nicht entziehen kann. Ich halte es, in der Überzeugung, daß wir die Freigabe des Kronenverkehrs nicht aushalten, so hart es auch den Bekämpfern der Zwangswirtschaft erscheinen mag, für die Pflicht des Staatsamtes für Finanzen, die Devisenwirtschaft nicht etwa nur halb, sondern voll und ganz in seine Hand zu nehmen und damit auch auf die Preisgestaltung der Devisen sich wirklichen Einfluß zu erobern. Natürlich, wenn die Zwangswirtschaft so aussieht, daß sie nichts zu erfassen vermag, weil dem sonstigen Apparat die wirtschaftlichen Sicherungen fehlen, und der Staat dann selber seine Devisen im Schleichhandel kauft, wie wir es unter dem Finanzministerium seligen Angedenkens erlebt haben, dann natürlich fallen nicht nur alle finanzpolitischen, sondern auch alle moralischen Hemmungen, die noch dem Schiebertum einen Damm setzen.

Schließlich möchte ich mir doch noch die Bemerkung erlauben, daß die Freigabe mit Devisen, die sich das Staatsamt für Finanzen als eine Tugend anrechnet, das gerade Gegenteil davon ist. Die Folge ist die Art der Lebensführung, die wir jetzt in gewissen Kreisen sehen und die nur möglich ist, weil sie durch eine Einfuhr befriedigt wird, die kein Staat auf die Dauer auszuhalten vermag und die dieser armselige Staat am wenigsten aushalten wird. Die Reparationskommission macht uns heute Vorschläge, sie empfiehlt uns den Abbau. Ich möchte nur in Parenthese bemerken: wenn sie die Militärmissionen zum Beispiel, die wir haben, abzubauen beginnen würden, so wäre es das nützlichste und am leichtesten durchführbare Experiment im Abbau. Sie gibt uns Vorschläge, daß man die Leute zu anderen Arbeiten überführen soll, aber sie will zugleich den Handel bei uns frei machen und damit alle Schranken, die noch der Auswüchserung des Inlandes durch das Ausland gesetzt sind, aus dem Wege räumen. Wir brauchen nichts dringender als eine rücksichtslose Drosselung der Einfuhr aller jener Güter, die zum Leben nicht unbedingt notwendig sind. (Zustimmung.) Mit der Ablehnung von Zwangsmaßnahmen und mit dem Appell an den guten Willen wird man da nicht weit kommen. Der Herr Bundesminister verurteilt moralisch diejenigen, die sich dem Gebote der allgemeinen Sparhaftigkeit, der Anpassung an die gegebenen Verhältnisse nicht fügen wollen. Aber wir haben nicht nur mit diesen moralischen Versuchen so oft schon schlechte Erfahrungen gemacht, sondern wir sind schon so weit, daß wir auch gar nicht die Möglichkeit haben,

den Erfolg abzuwarten. Man hat in Deutschland durch eine Drosselung der Einfuhr sehr viel erzielt und wenn Sie sich das Verhältnis der Aus- und Einfuhr in Deutschland, wie es sich unter dem Zwange gewisser Einfuhrbeschränkungen allmählich herausgestellt hat, ansehen, so werden Sie finden, daß dort eine wesentliche Verbesserung eingetreten ist. Wir spüren diese Verbesserung darin, daß die Mark, die früher noch exträglich war, jetzt für uns beinahe unerschwinglich wird. Bei uns dagegen ist die Einfuhr gewiß auch Beschränkungen unterworfen. Aber diese Beschränkungen scheinen sich in der Praxis wohl nur auf notwendige Dinge zu erstrecken, an unnötigen, an Luxusgegenständen ist kein Mangel. Im Gegenteil, wir sehen alle Geschäfte mit teuren Luxusartikeln überfüllt, an den notwendigsten Dingen dagegen fehlt es überall. In dieser Richtung muß, wenn es besser werden soll, Wandel geschaffen werden.

Aber es steht auch mit der Ausfuhr so. Die Ausfuhr ist notwendig und wir wünschen nur, daß der Ausfuhr exportfähiger und zum Export geeigneter Dinge keine Schwierigkeiten gemacht werden. Aber, wenn man hört, daß zum Beispiel Kraftfuttermittel, deren Mangel bei uns so groß ist, daß der Milch-ertrag fortwährend wegen dieses Mangels sinkt, von uns noch exportiert werden, so sagt man sich doch, daß auch in der Ausfuhrpolitik in manchen Dingen eine sehr unglückliche Hand waltet. Aber nicht das Was, sondern das Wie der Ausfuhr spielt da eine Rolle. Nur ein Beispiel möchte ich ganz kurz berühren. Es ist das Beispiel unserer Holzausfuhr. Hier lag damals, wie wir das Gesetz beschlossen haben, durch das der Staat verpflichtet wurde, die Erträge der Holzausfuhr für die Lebensmittelversorgung zur Verfügung zu stellen, für den Staat ein ungehobener Schatz. Und es war nur eine Frage der richtigen Organisation, diesen Schatz auch in die richtigen Hände zu führen. Wir sind zuerst gescheitert an dem Gegensatz zwischen Staat und Ländern; dann kam die allgemeine Heze gegen die öffentliche Wirtschaft. Wenn es ein Gebiet gibt, das nach einer öffentlichen Bewirtschaftung verlangt hat wie keines, das aber auch so geeignet zur öffentlichen Bewirtschaftung war wie keines, war es das Gebiet unserer Holzwirtschaft, jenes Gebiet, aus dem doch bei weitem am meisten fremde Zahlungsmittel als Gegenwerte für die Ausfuhr erlangt werden können. Hier konnte der Staat die Hand schon an die Wälder legen, hier konnte er, wenn Sie wollen — Sie mögen sich vor dem Worte grauen —, in richtiger Anwendung des Sozialisierungsgedankens den Staatsfinanzen einen dauernden Dienst leisten. Aber diese Vorteile wurden in die Hände von ein paar Kapitalisten und darunter von sehr vielen minderwertigen Schiebern geleitet. Heute ist die Holzausfuhr eine Sache, mit der sich

die Kapitalisten ungeheure Auslandguthaben erzeugen, eines der vielen Mitteln, mit denen sie Vernügensverschleppungen ins Ausland vornehmen, aber der Staat, die Gesamtheit, hat davon am allerwenigsten. Und damals war das möglich, denn damals konnte man nicht sagen, daß man das berechtigten Erwerbsleuten aus der Hand nimmt, denn alle, die heute da reich werden, haben sich auf ihre göttliche Sendung zum Betrieb dieser Schiebergeschäfte erst später erinnert.

Sie sehen daraus, daß doch manches anders werden kann, wenn man den guten Willen hat. Die Mängel, die ich mir aufzuzeigen erlaubt habe, entspringen nicht bösem Willen, ich gebe das zu, sondern sie entspringen einer grundlegenden Verschiedenheit unserer Auffassungen, sie entspringen den Auffassungen, daß auch die Finanzwirtschaft des Staates nur kapitalistischen Zwecken und nur der Aufrechterhaltung der kapitalistischen Ordnung zu dienen habe. Diese Rücksicht zieht sich auch durch das, was wir heute gehört haben, als Leitsaden und ich habe gezeigt, wie bei den Fragen der Ausfuhr, bei den Fragen der Devisenpolitik, bei den Fragen der Steuergesetzgebung und Steuereintreibung, daß überall dort die Rücksicht auf die Besitzenden, auf die Großen besteht und beobachtet wird und umgekehrt die Interessen des Arbeitenden, des Besitzlosen vernachlässigt, geringer eingeschätzt werden. Und da bedarf es einer gründlichen Meinungsänderung.

Wenn wir, und damit komme ich zu dem Ausgangspunkte zurück, es für notwendig gehalten haben, unsere Bedenken gegen die Finanzwirtschaft schon heute geltend zu machen, so ist es nicht etwa geschehen, weil wir durchaus kritisieren wollen, sondern deshalb, weil wir wieder einmal in einer Periode der Geldentwertung, der anschwellenden Steuerung leben, die schwere soziale Folgen auslöst. Ich will nicht mit dem Herrn Bundesminister rechten, der es dem Arbeiter übel nimmt, daß er politische und soziale Fragen erörtert. Der Herr Bundesminister hat nicht das Recht, über den mangelnden Arbeitswillen unserer Arbeiterschaft abfällig zu urteilen, er bedenke, unter welchen Lebensverhältnissen die Arbeiter nunmehr schon seit sechs Jahren zu arbeiten gezwungen sind und daß sie diese Arbeit leisten müssen angesichts einer Lebensführung weiter Kreise, von deren Notwendigkeit und Berechtigung niemand den Besitzlosen und den Arbeiter überzeugen wird. (Sehr richtig!) Ich glaube, im Gegenteile, man müßte bei solchen Gelegenheiten den Arbeitern alle Anerkennung dafür zollen, daß sie unsere Wirtschaft bisher trotz dieser Schwierigkeiten aufrecht erhalten, daß sie sich mit dieser Lebensführung begnügt haben, und es ist tatsächlich nur das Verdienst der Arbeiter, daß diese unmögliche Wirtschaft aufrecht erhalten werden konnte; denn das wenige, was neben fremdem Almosen unsere Wirtschaft an Exportgütern, an

Dingen, die verwertbar sind, hervorbringt, das bringen sie hervor, weil die Arbeitslöhne bei uns so weit hinter den Arbeitslöhnen in aller Welt zurückgeblieben sind, weil die Arbeiter dem Staate ihre Arbeitskraft und weil sie dem Unternehmer ihre Arbeitskraft unter Bedingungen zur Verfügung stellen, die nur mit den größten Entbehrungen ertragen werden können. Hier ist nicht Verurteilung am Platze.

Aber ich gebe zu, wir leben in einer Periode, in der schwere soziale Erschütterungen sich ankündigen, und wer leichtfertig ist, der mag das als Ausfluß des Nutzwillens, als Ausfluß des Testaments ansehen. Wer die Dinge versteht, der wird darin das Zeichen der Unmöglichkeit der Verhältnisse sehen, in denen wir leben. Der Herr Bundesminister ist optimistisch wie alle Finanzminister und hofft, daß die Hilfe der Reparationskommission uns retten werde. Wir würden wünschen, daß die Reparationskommission zur Erkenntnis komme, daß der Kurs, den sie uns jetzt durchmachen läßt, daß die Schule, in die sie uns schickt, überflüssig ist. Denn ohne allein Guten, daß uns die Reparationskommission zugesucht hat, etwa entgegentreten zu wollen, sind wir doch überzeugt: dauernd lebensfähig ist dieser Staat nicht. Er bedarf des Anschlusses an ein mögliches und lebensfähiges Wirtschaftsgebiet (Beifall und Händeklatschen) und die Reparationskommission wird mit dem, was sie uns gibt, die Hoffnung auf eine bessere Zukunft bei uns nur erwecken, wenn sie es uns mit dem Versprechen gibt, daß wir nach der Besserung, die dann eintritt, in eine staatliche Verbindung gelangen können, die es verhindert, daß alle Hilfe wieder vergeblich bleibt. (Lebhafter Beifall.)

Darum, hohes Haus, gehen wir weiter als der Herr Bundesminister für Finanzen. Auch wir wollen, das die Reparationskommission vernünftig und mit Rücksicht auf die Notwendigkeiten unseres Staates hilft und rasch hilft; aber wir wollen auch, daß die allgemeine Politik, die der Staat macht, den Notwendigkeiten der Zukunft und den Bedürfnissen der Gegenwart Rechnung trägt, daß sie nicht ganz ins kapitalistische Fahrwasser hinübersegelt und auch die Wirtschaft zur Dienerin des Großkapitals macht, sondern daß sie vor allem Rücksicht nimmt auf diejenigen, die Träger der sozialen Ruhe sein müssen: auf die Besitzlosen, daß sie nicht, wie es in der letzten Zeit geschieht, den Weg zum Anschluß an Deutschland mit allen Mitteln versperrt und verrammt, sondern daß sie ihn im Gegenteil immer weiter öffnet, damit, über alle augenblicklichen Maßnahmen hinweg, jedem, der verzweifeln will, wenigstens diese letzte Hoffnung, die sicherste Hoffnung auf Besserung offen bleibt. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Zum Worte gelangt der Herr Abgeordnete Paulitsch.

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

137

Abgeordneter Paulitsch: Hoher Nationalrat! Zur Begründung der Kreditoperationen hat der Herr Bundesminister für Finanzen hier ein Bild unserer finanziellen Lage entrollt, welches wir zwar aus den Ziffern, die vor einiger Zeit in den Blättern veröffentlicht wurden, bereits kannten, welches aber trotzdem in dieser knappen, klaren Darstellung eine erschütternde Beschreibung dessen geboten hat, wie wir eigentlich stehen und wie es eventuell möglich wäre, daß wir trotzdem aus dieser Lage herauskommen. Besonders die Worte des Herrn Bundesministers für Finanzen, daß die letzten Mittel bereits erschöpft sind und daß wir auf die Art und Weise, in der wir jetzt leben, wahrscheinlich dem Zusammenbruch entgegengehen, sind wohl dazu angetan, allen jene, welchen daran gelegen ist, aus diesem Jammer und aus diesem Elend herauszukommen, zur Anspannung aller uns zur Verfügung stehenden Kräfte aufzumuntern. Wenn der Staatsvoranschlag, über den der Herr Bundesminister für Finanzen gesprochen hat, den tatsächlichen Zahlen nicht mehr entspricht, wie sie hente sind, so ist dies aus den wirtschaftlichen Verhältnissen zu verstehen und zu begründen, in denen wir leben. Ein Wirtschaftskörper, der gezwungen ist, einzuführen und der demgegenüber nicht die entsprechenden Produkte zur Ausfuhr hat, ein wirtschaftlicher Körper, ein Staatsgefüge, in welchem wir trotz aller Anstrengungen nicht so viel erzeugen können, als wir trotz größter Sparsamkeit konsumieren, ist dazu gezwungen, den Weg zu gehen, den er eben bis jetzt gegangen ist, und es ist auch damit zu rechnen, daß ein Bundesministerium für Finanzen keinen festen Staatsvoranschlag uns darbieten kann, wie es in früheren Jahren des Friedens der Fall gewesen ist. Die wirtschaftliche Lage unseres Staatskörpers bringt es eben mit sich, daß alle Bevölkerungsschichten mit allen Kräften sich anstrengen, von dem geringen Warenvorrat, der in diesem Staate vorhanden ist, zu gewinnen und an denselben teilzunehmen, und daß infolgedessen und aus diesen Verhältnissen heraus die Angestellten und die Beamten wie die Arbeiter immer neue Forderungen stellen, um die Bedürfnisse befriedigen zu können, welche die Notwendigkeiten des Lebens an sie stellen. Ich verstehe deswegen aus diesen Verhältnissen, aus diesen wirtschaftlichen Beziehungen heraus, die auch darin ihre Begründung finden, daß natürlich alle an diesen knappen Warenvorräten teilnehmen wollen, daß immer neue Forderungen gestellt werden, und es liegt mir vollständig fern, darüber abzurütteln. Aber sie geben ein trauriges, düsteres Bild der wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse, unter denen wir zu leben gezwungen sind. Wenn der Herr Bundesminister für Finanzen gesagt hat, daß in Zukunft — auch laut der Geschäftsordnung — keine Ausgaben werden gemacht werden, für welche

nicht eine Bedeckung vorhanden ist, so kann es trotzdem immer Verhältnisse geben, wo man vielleicht im Zweifel darüber sein wird, ob man das so strenge durchführen kann, wo die Notwendigkeiten so stark und kräftig sind, daß man sich ihnen nicht immer entgegenzusetzen vermag. Ich möchte hier nur ein Beispiel anführen. Der Finanz- und Budgetausschuß der früheren Nationalversammlung hat einstimmig beschlossen, daß wir endlich einmal auch unserer Altpensionisten gedenken. Die Lage dieser Altpensionisten, vielfach Zwangspensionisten, ist eine so traurige und düstere, daß wir uns trotz der traurigen finanziellen Lage des Staates, um ihnen das Fortfristen ihres Lebens überhaupt zu ermöglichen, den an uns in dieser Beziehung herantretenden Notwendigkeiten nicht werden verschließen können. (Sehr richtig!) Bei dieser Gelegenheit möchte ich ein anderes Beispiel aus Kärnten anführen, aus dem Abstimmungsgebiete, wo infolge der dortigen Währungsverhältnisse sich ganz eigenartige Verhältnisse herausgestaltet haben. Der für die Konsumenten schwer drückende Zustand, daß zum Kauf der notwendigen Lebensmittel und Produkte die jugoslawische Währung maßgebend ist, erfordert von ihnen derartige Preise für die notwendigen Lebensmittelprodukte und die verschiedenen anderen Lebensnotwendigkeiten, daß sie wirklich nicht in der Lage sind, bei ihrem heutigen Einkommen diese notwendigen Bedürfnisse befriedigen zu können. Sie zahlen in dem gewesenen Abstimmungsgebiet von Kärnten für ein Kilogramm Mehl heute 48 K, für ein Kilogramm Brot 40 K, für ein Kilogramm Zucker 216 K, für ein Kilogramm Butter 320 K, für ein Kilogramm Fett 300 K, Preise, welche die Angestellten und Beamten, die dazu gegenwärtig nicht einmal über eine Wohnung verfügen, wirklich nicht leisten können. Will der Staat, daß in diesem Abstimmungsgebiete Ordnung einkehre, daß an Stelle der jugoslawischen Verwaltung, die alles zerrüttet und zerstört hat, wieder eine andere, gute Verwaltung neu aufgebaut werde, so muß er diesen Angestellten und Beamten die Möglichkeit bieten, überhaupt leben zu können. (Sehr richtig!) Dieser unbedingten Notwendigkeit wird sich der Staat nicht verschließen können.

Trotzdem bin ich vollkommen damit einverstanden, daß man das Wort „sparen“ hier gebraucht hat, und ich bedauere es nur, daß diesem Worte von meinem unmittelbaren Herrn Vorredner in seiner Darstellung eine Färbung gegeben worden ist, welche in der Öffentlichkeit wenig Anklang finden wird. Es war nicht notwendig, darauf hinzuweisen, daß man künftig einen Bundespräsidenten nicht wählen soll, um dem Staate etwas zu ersparen. Ich glaube, wir könnten da auf die sich vor uns ausbreitende Regierungsbank hinweisen; daraus geht klar hervor, daß die gegenwärtige Regierung wirklich bereit und

entschlossen ist, zu sparen; sie hat eben hier oben damit angefangen. (Sehr richtig!) Es ist auch mit vielen guten Ratschlägen heute von meinem Herrn Vorredner hier gearbeitet worden, aber der Zeitraum zwischen heute und jener Zeit, wo man das zu verwirklichen selbst Gelegenheit gehabt hätte, ist ein so kurzer, daß er eben nicht fähig ist, einen tiefen und nachhaltigen Eindruck hervorzurufen. (Zustimmung.) Der Staat als solcher ist ein Organismus, und wie sich allmählich und langsam, Schritt für Schritt unsere Lage verschlechtert hat, so wird auch der Aufbau nur langsam und allmählich vor sich gehen können und es wäre gar nicht angebracht und in keiner Weise begründet, wollte man vielleicht von irgendeiner Behörde fordern, daß sie das durch ein Salomonartale plötzlich auf einmal schaffen sollte. (Bravo!) Trotzdem aber, hoher Nationalrat, müssen wir jedes Mittel anwenden, um vorwärts kommen zu können, einen Schritt nach vorwärts zu tun, und zwar aus dem Grunde, damit jene Mächte, welche die Kraft haben, uns zu helfen, sehen, daß wir selbst so viel Hingabe und Eifer für unsere eigenen Interessen, für unseren eigenen Staat an den Tag legen und selbst so viel zu leisten bereit sind, als wir von den anderen fordern, daß sie für uns tun sollen. (Sehr richtig!) Deshalb ist es unsere Pflicht, unsere Gewissenspflicht, alles zu tun und alle Kräfte anzuspannen, damit wir herauskommen, und ich möchte heute nur bei der mir knapp bemessenen Redezeit auf ein Moment hinweisen.

Nach den Erklärungen des Herrn Bundesministers für Finanzen zahlen wir $7\frac{1}{2}$ Milliarden bei den Lebensmitteln darauf, also 30 Millionen täglich. Es entsteht nun die Frage, ob es nicht eine Möglichkeit gibt, hier irgendwie helfend einzutreten. Als in der Erklärung, welche der Herr Bundeskanzler Dr. Mayr abgegeben hat, unter anderem auch darauf hingewiesen wurde, daß bei der Verteilung der Abgabe von Brot und Mehl nicht Reich und Arm in gleicher Weise beteilt werden sollen, wurde dieser Hinweis in der breiten Öffentlichkeit mit Freude aufgenommen (Sehr richtig!) und ich möchte diesen Gedanken hier des näheren ausführen und besprechen. Es ist aufreibend, miterleben zu müssen, daß das letzte arme Weib und der eifige, arbeitende, schaffende arme Arbeiter, daß arme Gewerbetreibende, die Angestellten, die Unterbeamten und Diener denselben Preis für das Kilo gramm Brot und das Kilo gramm Mehl zahlen müssen, wie diejenigen, die die Güter dieses Lebens in unbeschränktem Maße zur Verfügung haben. (Zustimmung.) Wenn daher, hoher Nationalrat, in dieser Beziehung die Regierung einen energischen Schritt nach vorwärts tut und allen denjenigen, welche hier leben, ohne sich irgendwie einschränken zu müssen, das notwendige Brot und das Kilo Mehl nur zu jenem Preise ab-

gibt, welcher den wirklichen Erfstellungskosten entspricht, dann wird das in der Öffentlichkeit deswegen mit Freude begrüßt werden, weil man erkennen wird, daß dieser Staat den Willen und den Ernst hat, sozial vorwärts kommen zu wollen. (Zustimmung.) Ein Beweis dafür wäre, die Geldkräftigen wirklich heranzuziehen und das ist dasjenige Moment, welches wir so sehr mit Freude begrüßen werden. Ich will hier nicht ein allgemeines Schema aufstellen, aber alle diejenigen, welche wir Arbeiter und Angestellte usw. nennen, die hart mit dem Leben kämpfen, sollen von vornherein von dieser Maßregel ausgenommen sein. Diejenigen aber, welche es nicht notwendig haben, sich irgendwie einschränken zu müssen, sollten so viel Schamgefühl aufbringen, daß sie sich nicht gleichsam von der anderen arbeitenden Bevölkerung aushalten lassen. (Beifall.) In erster Linie mögen auch jene herangezogen werden, welche Ausländer sind, und diejenigen, welche in diesem Staate auf unehrliche Weise sich bereichert haben, müssen auch die notwendigen Lebensmittel mit jenen Preisen bezahlen, welche den Erfstellungskosten entsprechen. Es hat der Herr Bundesminister für Finanzen darauf hingewiesen, daß die Regierung entschlossen ist, dem Schieberatum mit Entschiedenheit und Energie entgegenzutreten. Wir nehmen diese Erklärung der Regierung mit Dankbarkeit entgegen und wünschen nur das eine, daß dieser energische Schritt je eher desto besser unternommen werde. Hier ist es aber, wo die Entente eingreifen soll, denn wir haben ein internationales Schieberatum, und hier müssen Kräfte in Anwendung kommen, welche wirklich auch dieses internationale Schieberatum treffen können. Damit hängt ja auch der Wert unserer Krone teilweise zusammen, denn es ist ja nicht richtig, daß unsere Krone diese geringe Kaufkraft hat; das ist ein wirtschaftlicher und politischer Schwindel, das ist eine Revolutionierung des Geldmarktes, welche zu unserem Nachteil und zum Nachteil der Bevölkerung überhaupt getrieben wird. Als das letztemal das Budget im April oder Mai hier verhandelt wurde, hat der damalige Berichterstatter Dr. Bauer folgenden Satz gesprochen: „Es nützt uns nichts, wenn wir wirtschaftlich auch vorwärts kommen. Es ist nicht genügend, daß wir wirtschaftlich allein uns aufbauen, der Wiederaufbau des Staates ist nicht allein ein wirtschaftliches Moment, der Aufbau des Staates ist auch ein psychologisches Moment. Der Aufbau der Menschenseele von innen heraus steht damit im innigsten Zusammenhang, im ursächlichsten Zusammenhang, ist — ich möchte sagen — die Grundlage, ob der Wiederaufbau bei uns überhaupt gelingt. Wenn dieser Nationalrat nicht die Kraft aufbringt, daß er entschlossen den Aufbau durchführt, dann überträgt sich die Hoffnungslosigkeit und diese Niedergeschlagenheit auf weite Bevölkerungsschichten und wir dürfen von andern

5. Sitzung des Nationalrates der Republik Österreich am 3. Dezember 1920.

139

nicht fordern, daß sie am Wiederaufbau weiterarbeiten, wenn wir im Nationalrat nicht den Mut aufbringen, selbst mit aller Entschiedenheit dafür einzutreten. (Beifall.)

Ich erlaube mir, bei dieser Gelegenheit auf ein Moment hinzuweisen, das für uns richtunggebend sein kann. Wir haben in Kärnten am 10. Oktober die Volksabstimmung durchgeführt und diese Volksabstimmung ist zum Wohle und zum Glücke des ungeteilten Kärntnerlandes ausgefallen. Als im verflossenen Jahre Ende Mai und Anfang Juni jugoslawische Truppen einen großen Teil Kärntens besetzt hatten, als sie in Klagenfurt einmarschiert waren und dort zwei Monate hindurch eine Gewaltherrschaft aufrichteten, als sie gegen die alte Herzogstadt St. Veit vordrangen, da haben auch viele Leute in Kärnten den Mut verloren und haben geglaubt, daß es überhaupt nicht mehr vorwärts geht. Aber immer wieder haben sich Männer gefunden, welche in dieser schier hoffnungslosen Lage, unter diesen unsagbar traurigen politischen und sozialen Verhältnissen den Mut nicht verloren haben. Sie haben sich nicht selbst aufgegeben und, solange das Kärntnerland sich nicht selbst aufgegeben hatte, war es auch nicht verloren. Dieser Glaube und dieses Vertrauen in die eigene Kraft war es, welches uns befähigt hat, diesen schier unsagbar schweren Kampf mit Hoffnung auf Erfolg durchzuführen, und er ist siegreich durchgeföhrt worden deswegen, weil ein armes Land, weil eine treue Bevölkerung das eigene Ich, den Egoismus und die Selbstsucht hinterließ und das allgemeine Wohl vorangestellt hat. (Bravo! Bravo!) Meine sehr Verehrten, das müssen auch wir tun.

Aber ich möchte zum Schlusse noch eines sagen: Alle die hier angegebenen Mittel sind meiner Ansicht nach nur Palliativmittel, welche nicht zum Erfolge führen können. Es müssen uns große, langfristige Kredite zur Verfügung gestellt werden und ich möchte hier im Nationalrat der Meinung Ausdruck geben: ob nun die Entente uns zu Hilfe kommt oder nicht zu Hilfe kommt — immer gilt hier das Wort: Tua res agitur! Es ist deine Sache, die für dich in Österreich ausgefämpft wird. Hier in Österreich sind noch hohe Dämme der Kultur aufgerichtet, hier an unserer Grenze scheidet sich jenes asiatisch-bolschewistische Element, hier haben wir den Grundstock der christlich-germanischen Kultur und, wenn dieser niedergesessen wird, dann seien Sie versichert, wird es nicht mehr halten. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.) Infolgedessen, hoher Nationalrat, ist es notwendig, daß auch die Entente zur Erkenntnis komme, und ich sage es hier: ihre eigene Sache ist es, die hier ausgeföhrt wird.

Wir aber dürfen die Hoffnung auf Besserung nicht aufgeben, denn wir sind die Träger des Volksgedankens, wir haben die Pflicht, den Mut, die Entschlossenheit, die Zuversicht in unsere Zukunft hinauszutragen in die Bevölkerung und, wenn wir es tun, werden auch jene den Mut haben, für den Wiederaufbau Österreichs zu kämpfen. (Lebhafter Beifall und Händeklatschen.)

Präsident: Ich breche die Verhandlung ab und schreite zum Schlusse der Sitzung.

Ausschusssmandate haben zurückgelegt die Herren Abgeordneten:

Lenz als Mitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe;

Freundlich als Ersatzmitglied des Ausschusses für Handel und Gewerbe.

Ich werde die erforderlichen Ersatzwahlen sofort vornehmen und gleichzeitig die Ersatzwahlen für die durch die Mandatsniederlegung des Abgeordneten Hirsch freigewordenen Ausschusssmandate durchführen lassen.

Außerdem wurde von mehreren Seiten des Hauses der Wunsch geäußert, daß wir heute auch noch die fünf Zivilkommissäre für das Staatsamt für Heereswesen wählen. Auch diese Wahl werde ich sofort vornehmen lassen und bitte die Abgeordneten, die Stimmzettel abzugeben. (Nach Abgabe der Stimmzettel.)

Die Stimmenabgabe ist geschlossen, das Skrutinium wird vorgenommen und das Resultat in der nächsten Sitzung verkündet werden.

Die Vorlage der Bundesregierung 45 der Beilagen (Änderung des Gesetzes über die Evidenzhaltung des Grundsteuerkatasters) werde ich dem Ausschuß für Handel und Gewerbe, Industrie und Bauten zuweisen.

Über Ersuchen des Justizausschusses werde ich die ihm zugewiesene Vorlage der Bundesregierung (9 der Beilagen) über die Ablösung der Binsgründe an den Ausschuß für Land- und Forstwirtschaft überweisen.

Die nächste Sitzung schlage ich vor für morgen Samstag, den 4. Dezember, 1 Uhr nachmittags, mit folgender Tagesordnung:

1. Bericht des Finanz- und Budgetausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (13 der Beilagen), betreffend ein Gesetz über Kreditoperationen (53 der Beilagen).

2. Erste Lesung der Vorlage der Bundesregierung (2 der Beilagen), betreffend ein Bundes-Verfassungsgesetz über die Stellung des Burgenlandes als selbständiges und gleichberechtigtes Land im Bunde und über seine vorläufige Einrichtung.

3. Erste Lesung der Vorlage der Bundesregierung (10 der Beilagen) über ein Bundesgesetz, wirksam für die Länder Tirol und Vorarlberg, betreffend die rechtliche Behandlung des ober- und unterhalb der

Vegetationsgrenze liegenden Kahlgesteins (Kahlgesteinsgesetz).

4. Bericht des Verfassungsausschusses über die Vorlage der Bundesregierung (1 der Beilagen), betreffend das Bundesgesetzblatt (57 der Beilagen).

Wird gegen meinen Vorschlag eine Einwendung erhoben? (Nach einer Pause:) Es ist nicht der Fall, es bleibt daher bei meinem Vorschlage.

Die Sitzung ist geschlossen.

Schluss der Sitzung: 6 Uhr 35 Minuten abends.